

Fragmentarisches zur NS-»Euthanasie« heute.

Diagnosen von Gewicht II

von Andreas Hechler²⁴⁷

Im ersten Band der Gegendiagnose-Reihe habe ich meinen Text Diagnosen von Gewicht (vgl. Hechler 2015) veröffentlicht. Der Fokus des damaligen Beitrags sind die innerfamiliären Folgeeffekte, die die Ermordung meiner Urgroßmutter Emilie Rau in Hadamar im Rahmen der Aktion T4 hatte und hat. Der vorliegende Text ist in gewisser Hinsicht eine Fortsetzung. Ich schreibe über meine eigenen Lernprozesse, korrigiere Fehler und berichte über Erfahrungen, die ich seitdem gemacht habe. Es sind zumeist eher kurze Erlebnisse und Gedanken, die durch (die Kontinuitäten des) Ableismus – das übergeordnete Thema dieses Beitrags – zusammengehalten werden. Diese sind fragmentarisch, so, wie die Geschichte der NS-»Euthanasie« und ihre Rezeption eben nicht »fertig« ist, sondern hier und da aufploppt und sich doch zu einem Gesamtbild zusammenfügt.

»Was hatte sie denn?« – Kontinuitäten der Pathologisierung

Immer wieder werde ich gefragt, was meine Urgroßmutter denn »hatte«. Die Frage kommt stets unmittelbar dann, wenn ich erzählt habe, dass meine Urgroßmutter im Rahmen der NS-»Euthanasie« ermordet wurde.

Ich frage mich dann immer, was ich darauf antworten soll. Soll ich die Diagnose der TäterInnen²⁴⁸ reproduzieren? Warum wird das gefragt, was brächte der fragenden Person das Wissen um die Diagnose?

247 Ein ganz besonderer Dank geht an Christoph Schneider, Rebecca Maskos und Vivien Laumann, mit denen ich mich seit vielen Jahren über diese und andere Themen austausche und diskutiere. Ebenso danke ich Clara Mansfeld, Martina Hartmann-Menz, Jörg Watzinger und Nora Zirkelbach für ihre wertvollen Rückmeldungen.

248 In diesem Beitrag wird zur Sichtbarmachung von Körpern, Identitäten und Ausdrucksweisen, die in der zweigeschlechtlichen Ordnung nicht aufgehen und/oder diese ablehnen, das Sternchen verwendet. Bei (neo)nazistischen Personenkreisen wird hingegen ein großes »I« verwendet, zeichnen sich diese doch durch eine extrem gewalttätige Ausprägung hierarchisierter

Ich denke, dass sich in der Frage die Kontinuität des Ableismus zeigt.²⁴⁹ Den Fragenden fällt nicht auf, dass sie den Rahmen, in dem Menschen Diagnosen und entsprechende ›Behandlungen‹ bekommen, als gegeben und legitim akzeptieren – damals wie heute. Es scheint klar zu sein: Irgendwas muss sie doch gehabt haben. Nicht in Frage gestellt wird der Besitz der Autorität, über andere Menschen Diagnosen zu stellen. Es handelt sich um den in unserer Gesellschaft üblichen Shift weg von den Opfern hin zu den TäterInnen. Verschärfend kommt hinzu, dass es sich hier um Diagnosen handelt, die von NS-ÄrztInnen gestellt wurden und denen man noch kritischer begegnen sollte als Diagnosen generell.

Dazu kommt: Ich weiß es nicht. Ich habe es oft gelesen und immer wieder vergessen. Etwas in mir sträubt sich, die Diagnosen, die mitverantwortlich für die Ermordung meiner Urgroßmutter sind, in meinem Gedächtnis zu verankern. Warum sollte ich auch?

Aber selbst wenn ich die Diagnose erinnerte und beispielsweise antwortete: »*Sie hatte eine paranoide Schizophrenie*« (eine der damaligen Modediagnosen) – was wäre damit gesagt? Was hätte mein Gegenüber jetzt verstanden? Würde es sagen: »*Ah, ja...*«? Erklärt es die Ermordung?

Rhetorische Frage, natürlich nicht. Keine Diagnose macht eine Ermordung legitim(er). Die Frage »*Was hatte sie denn?*« legt hingegen eine gewisse Rationalität nahe und legitimiert damit ein Stück weit auch die Ermordung.

Ich sehe hinter der Frage auch den Versuch, die eigene Hilflosigkeit unter Kontrolle zu bringen. Hilflosigkeit darüber, mit einem ungerechtfertigten Mord konfrontiert zu werden und einem Schmerz, der daraus resultiert.

Angemessene Reaktionen wären hingegen Entsetzen, Anteilnahme und/oder ein behutsames Nachfragen. Ist nicht so schwer und kann man lernen. Aber wenn mich das nächste Mal jemand fragt, was meine Urgroßmutter »hatte«, werde ich antworten: »*Sie hatte das Pech, in einer mörderisch ableistischen Gesellschaft zu leben*«.

Zweigeschlechtlichkeit aus. Queere, trans- und/oder intergeschlechtliche Lebensformen sind in diesen Kontexten nicht offen bzw. nur unter stark erschwerten Bedingungen, heimlich und versteckt, möglich. Dies ist nicht immer trennscharf voneinander abzugrenzen, sondern gibt lediglich eine Tendenz wieder. Wenn es sich nur um Männer handelt, schreibe ich in der männlichen Form.

249 Ableismus (englisch: ableism) teilt Menschen in ›behindert‹ und ›krank‹ oder ›normal‹ und ›gesund‹ anhand ihrer Fähigkeiten ein. Es ist der »Begriff für die Reduzierung von Menschen auf ihren – nicht/behinderten – Körper. Ability bedeutet Fähigkeit und Ableism die einseitige Fokussierung auf körperliche und geistige Fähigkeiten einer Person und ihre essentialisierende Be- und Verurteilung, je nach Ausprägung ihrer Fähigkeiten« (Maskos 2010: 31). Dabei bezeichnet »›Behindertenfeindlichkeit‹ [...] bloß eine Facette dieses Denkens, das keineswegs immer als ›Feindlichkeit‹ daherkommt« (ebd.: 30). Mit dem Fokus auf Fähigkeiten wird der Blick weg von ›den Behinderten‹ auf Nicht-Behinderung einerseits und Kategorisierungsprozesse andererseits gelegt.

Es könnte so anders sein I

Zum Internationalen Holocaust-Gedenktage am 27. Januar 2021 wurde ich von der englischen Eisenbahngesellschaft eingeladen, zur NS-»Euthanasie« einen kurzen Input zu geben. Es gab ein Panel, in dem Vertreter*innen aus jüdischer, LGBTQI+ und anti-ableistischer Perspektive eingeladen waren. Dezipierter Wunsch war, einerseits auf Spezifika der Verfolgung einzugehen und wie in den jeweiligen Gruppen daran erinnert wird, andererseits intersektionale Verschränkungen hervorzuheben. Gefragt wurde auch, ob der NS noch seine Schatten auf das Leben der Menschen heutzutage wirft.

Abgesehen davon, dass ich mir eine solche Veranstaltung mal in einem deutschen Kontext wünschte (verschiedene Verfolgtengruppen gleichberechtigt zusammen bringen, intersektionaler Fokus, Bezug zum Heute, all das von einer großen Organisation, die einen gesellschaftlichen Versorgungsauftrag hat und deren Kerngeschäft etwas ganz anderes ist) und zugleich denke, dass wir sehr weit davon entfernt sind, hat mich insbesondere die letztgenannte Frage nach dem Schatten länger beschäftigt.

Meine Urgroßmutter Emilie Rau war zum Zeitpunkt ihrer Ermordung im Februar 1941 49 Jahre alt und hatte vier Kinder. Ihr ältestes war meine Großmutter Marie. Hätte meine Urgroßmutter nicht bereits Kinder *vor* ihrer Ermordung gehabt, würde ich diesen Text nicht schreiben (können). Ich würde gar nicht existieren.

Wenn wir uns eine Welt im Allgemeinen und ein Deutschland im Besonderen vorstellen, wo nicht nur diejenigen am Leben wären, die von den Nazis ermordet wurden, sondern auch diejenigen bei uns wären, die nicht geboren wurden, weil ihre potenziellen Eltern ermordet oder zwangssterilisiert wurden, sähe diese Gesellschaft *sehr* anders aus. Sie wäre diverser.

Die Betrachtung der Geschichte aus diesem Blickwinkel macht deutlich, dass die Vergangenheit untrennbar mit der Gegenwart verbunden ist. Wir verstehen, warum diese Gesellschaft so ist, wie sie ist. ~80 Jahre ist nicht lange her. In diesem Land wurden behinderte Menschen in großem Ausmaß umgebracht. Die familiären, mentalen und gesellschaftlichen Folgen wurden im besten Falle angekratzt.

Der scheinbare Widerspruch in der Überschrift dieses Textes – die »NS-»Euthanasie««, die in der Vergangenheit liegt und das »heute«, das auf die Gegenwart verweist –, stellt diese Zusammenhänge und Kontinuitätslinien her und fragt nach dem Umgang mit dieser Vergangenheit im Heute. Zugleich wird eine Verbindung zur Zukunft hergestellt durch die Frage, die ich als Kernfrage wie -aufgabe begreife: Wie können wir allen Menschen weltweit ein gutes Leben ermöglichen? Was muss sich dafür ändern?

Lange Schatten und korrigierte Vergangenheit

Am 21. April 2021 wurde der Tod Emilie Raus im Sterberegister vom Standesamt Hadamar nachbeurkundet. Bis dahin waren ein falsches Todesdatum und -ort im Geburtsregister vermerkt. Gängige Praxis der Nazis war, die Tötung der Psychiatrie-Insass*innen zu verschleiern und vor den Angehörigen geheim zu halten; ferner ging es darum, Leistungsgelder zu erschleichen für Menschen, die schon längst tot waren (vgl. Lilienthal 2008: 145).

Bis zum 21. April 2021 war in Emilie Raus Geburtsregister vermerkt, dass diese am 1. März 1941 in Pirna-Sonnenstein verstorben sei. Jetzt sind ihr tatsächlicher Todestag und -ort (der Tag ihrer Ermordung) eingetragen, der 21. Februar 1941 in Hadamar.

Anlass dafür war der Schriftverkehr eines juristisch bewanderten Enkels von Emilie Rau (mein Onkel zweiten Grades), der zunächst an das Standesamt Pirna geschrieben hatte und dann an das Standesamt in Alsfeld alle nötigen Unterlagen mit der Bitte um Korrektur geschickt hat.

Ich finde diese Episode aus zwei Gründen bemerkenswert: Zum einen verdeutlicht sie erneut das Gewicht der Diagnose, die langen Schatten des Nationalsozialismus, die bis heute an allen Ecken und Enden in Deutschland fortwesen; konkret in diesem Fall: von den Nazis verfälschte Urkunden in Standesämtern. Zum anderen stellt sich mir die Frage, wieso es der Aufarbeitungsweltmeister Deutschland nicht von sich aus proaktiv hinbekommt, die ganzen falschen Nazibeurkundungen zu korrigieren? Wieso müssen 80 Jahre danach die Angehörigen hinterherforschen und um eine Korrektur betteln?

Erinnerungsverweigerung I: NS-→Euthanasie- Leugnung

Die eben beschriebene Episode verdeutlicht die Dominanz von Wahrnehmung-, Schuld-, Verantwortungs- und Erinnerungsabwehr im postnationalsozialistischen Deutschland sowohl im öffentlichen wie auch im Familiengedächtnis, um die eigenen Taten bzw. das eigene Nicht-Aufbegehren und Nicht-Handeln zu rechtfertigen. Zentrale Begleiterscheinung dafür war und ist das Verschweigen und Verharmlosen des Nationalsozialismus im Allgemeinen, im Besonderen jedoch die Geschichte der Verfolgten und Ermordeten. Die mangelnde Empathie für die Verfolgten und der Unwille, sich den (Un)Taten zu stellen, findet seinen Ausdruck in Kontinuitäten von 1945 bis heute.

Die *Heilerziehungsanstalt Kalmenhof* im hessischen Idstein, Zwischenanstalt für Hadamar während der *Aktion T4* und Mordstätte für über 700 Kinder, Jugendliche und Erwachsene zwischen Oktober 1939 und März 1945, hat die Ermordeten auf drei verschiedenen Friedhöfen beerdigt. Die Gräber auf dem städtischen Friedhof wurden Anfang der 1970er Jahre offengelassen, die Leichen auf dem jüdischen Friedhof sind möglicherweise umgebettet worden (nicht mehr exakt nachzuvollziehen) und die auf dem eigens geschaffenen Kalmenhoffriedhof sind zu einem überwiegenden Teil mutmaßlich im Zusammenhang mit Baumaßnahmen zerstört worden. Zu letzteren gehörte das Planieren mit Fahrwegen und der Bau eines Dienstwohnhauses. Die als Kriegsgräberstätte ausgewiesene (verbliebene) Grabfläche gehört dem *Landeswohlfahrtsverband (LWV) Hessen*; Eigentümerin des Kalmenhofs ist die *Vitos Teilhabe*, das Krankenhausgebäude gehört *Vitos Rheingau*, die beide dem *Landeswohlfahrtsverband (LWV) Hessen* angehören. Die *Vitos Holding* bot den Tatort 2016 in einem Immobilienportal als »letzten Rohdiamanten« Idsteins feil, ohne ein Wort über die Geschichte des Krankenhauses zu verlieren (vgl. Schneider 2021d). Nach Protesten gibt es nun seitens des LWV den Plan, in einem Stockwerk des Gebäudes einen Lernort einzurichten und ein würdiges Gedenken an NS-»Euthanasie«-Opfer zu etablieren. Derweil ist das Krankenhaus wie auch die zugehörige Leichenhalle dem Vandalismus ausgesetzt und dem Verfall preisgegeben, wie der *Gedenkort Kalmenhof e.V.* in einer Pressemitteilung bemängelt: »Es sei unerklärlich, [...] dass eingeschlagene Fensterscheiben, herausgerissene Holzplatten, aufgebrochene Zugänge zum Kalmenhof-Krankenhaus und eine für einen Ort des Gedenkens in jederlei Hinsicht würdelose bauliche Situation offenbar über lange Zeiträume bestehen bleibt, ohne dass vom Eigentümer eingegriffen wird«. Das Fazit der ehemaligen ersten Beigeordneten des *LWV Hessen* lautet: »Anstatt eine Kultur des Gedenkens zu etablieren, wird eher eine Kultur des Wegschauens gepflegt!« (*Gedenkort Kalmenhof e.V.* 2022)

»Schwamm drüber« dachte man sich auch in Weilmünster. Die dort ansässige ehemalige »Heil- und Pflegeanstalt Weilmünster« war ebenfalls während der *Aktion T4* eine Zwischenanstalt für Hadamar und Mordstätte für über 3.000 Menschen in der zweiten Phase der NS-»Euthanasie« (1941–1945). Sie war ebenso ein Ort von Zwangssterilisationen und einigen Ermordeten wurden die Gehirne entnommen und für »rassenhygienische« Forschungszwecke nach Heidelberg geschickt. Auch hier möchte die *Vitos Holding* aufgrund neoliberaler Modernisierungsprozesse den Standort, derzeit noch drei Kliniken, verkaufen. Eine »Steuerungsgruppe zur Zukunftsentwicklung« verlautbart im Jargon des modernen Projektmanagements »Investitionsbedarf«. In eine »Bewertungsmatrix« der »europaweiten Ausschreibung« spielte das

»Entwicklungskonzept eines potentiellen Projektentwicklers« eine bedeutende Rolle. Fantasiert wird auf dem Gelände u.a. moderner Wohnraum inklusive Co-Working-Spaces, Tiny Houses und Übernachtungsmöglichkeiten mit Hotellerie und »Event-Locations« (Vitos Weil-Lahn gGmbH 2020). Es ist auch von Romantik-Hochzeiten und Schönheits-Operationen die Rede. Über die NS-Geschichte des Ortes, die Ermordeten und Zwangssterilisierten und das Gedenken an sie, wird in den projektiven Zukunftsentwürfen keine Silbe verloren. Auch hier, wie so häufig: In der Vergangenheit wurden Patient*innen-akten vermutlich bewusst vernichtet, Prozesse gegen die TäterInnen gab es nie, ein Gedenken an die Ermordeten findet sich eher vernachlässigt und versteckt und droht mit dem Verkauf der baldigen »Event-Location« erschwert zu werden (vgl. Türk 2021).

Im Mai 2014 wurde in Salzburg das Denkmal für NS-»Euthanasie«-Opfer unter massiver Gewaltanwendung schwer beschädigt, vermutlich mit einer Spitzhacke. Das Mahnmal erinnert an die 500 Menschen, die von den Nazis aus der *Landesheilanstalt für Geistes- und Gemütskranke* in die Gasmordanstalt Hartheim bei Linz deportiert und dort ermordet wurden (vgl. Neuhold/Scheller 2014).

Einen Tag nach der Verlegung eines Stolpersteins in Geithain in Sachsen, der an das NS-»Euthanasie«-Opfer Georg Förster erinnert, wurde dieser mit Beton übergossen (vgl. Schulreich 2019).

Ich erfahre von den genannten Beispielen nur durch Zufall und zumeist nur, weil es zufällig kritische Journalist*innen oder engagierte Einzelpersonen vor Ort gibt. Es gibt weder ein bundesweites Monitoring noch einen News-Outlet, wo sich derartige Fälle gezielt recherchieren lassen. Ich gehe davon aus, dass es zahlreiche weitere Beispiele dieser Art gibt, die mir nicht bekannt sind.

In *Diagnosen von Gewicht* hatte ich geschrieben, dass es keine T4-LeugnerInnen gäbe. Begründung: »Die Gaskammern in deutschen Psychiatrien haben es nie zu dem Bekanntheitsgrad der Mordzentren im Osten gebracht. Fast scheint es, die Leugnung wäre nicht nötig, weil das Wissen darum so wenig verbreitet ist und eine Anerkennung nicht in Konflikt mit deutscher Identität steht« (Hechler 2015: 178).

Ich muss mich korrigieren. Der Neonazi Horst Jürgen Schäfer aus dem hessischen Wetzlar leugnet sowohl die Shoah als auch Hadamar. Er gibt u.a. solche Stillblüten zum Besten: »*Ich glaube weder an Auschwitz noch an Hadamar!*« (zit. n. Türk 2017).

Wobei die ersten LeugnerInnen der NS-»Euthanasie« die Nazis selber sein dürften. Bei der Shoah haben die TäterInnen – vom Einsatzgruppennazi bis hin zur gewöhnlichen Deutschen – Spuren der Vernichtung ihrer Opfer zerstört. Vom Rückbau der KZ-Gelände über Aktenverbrennung bis hin zur

Unkenntlichmachung von Massengräbern und Tötung von Mitwisser*innen – alles, was Rückschlüsse über die Naziverbrechen hätte ermöglichen können, wurde mit jeder Niederlage auf Seiten des Deutschen Reichs im Rahmen der *Aktion 1005* zu beseitigen versucht (vgl. Angrick 2018). Diese Tat macht die Nazis sozusagen zu den ersten AuschwitzleugnerInnen der Geschichte. Ähnliche Abläufe gab es im Rahmen der NS-›Euthanasie‹; so wurde beispielsweise ein Großteil der Akten zur Aktion T4 bereits 1944 durch die Nazis vernichtet, nur 30.000 davon befinden sich heute im Bundesarchiv (vgl. von Buttlar 2003). Auch die Unterlagen zur sogenannten ›Kindereuthanasie‹ wurden weitestgehend beseitigt.

Rechter ›Antifaschismus‹

Es gibt die eben beschriebenen rechten Kreise, die verleugnen und zerstören. Es gibt aber auch die, die das Thema NS-›Euthanasie‹ für ihre rechte Politik instrumentalisieren.

Im November 2016 sitze ich beim halbjährlichen Treffen des *Arbeitskreises zur Erforschung der NS-›Euthanasie‹ und Zwangssterilisation* abends beim Essen neben einem jungen Mann, der seine Dissertation schreibt. Wir kommen ins Gespräch, in dessen Verlauf deutlich wird, dass er Abtreibungsgegner (sog. ›Lebensschützer‹) ist.

Diese seit Jahren wachsende Bewegung ist gut vernetzt, finanzstark und gesellschaftlich einflussreich. Beim jährlichen *Marsch für das Leben* in Berlin im September 2018 tragen sie Schilder mit einer dezidiert antifaschistischen Rhetorik wie »Gnadentod? Nie wieder!« oder »Nie wieder ›unwertes Leben‹«. Sie bezeichnen jeden Schwangerschaftsabbruch als ›Euthanasie‹ und schrecken nicht davor zurück, hierfür selbst ein Hitler-Zitat wie »Gnadentod«²⁵⁰ zu verwenden. Dies ist besonders schäbig wie perfide, da es sich bei ›LebensschützerInnen‹ um ein konservatives bis extrem rechtes Spektrum handelt (vgl. Sanders/Achtelik/Jentsch 2018).

Die Instrumentalisierung der NS-›Euthanasie‹-Morde durch diese Bewegung ist alt. 1986 hielten AbtreibungsgegnerInnen direkt vor der ehemaligen Tötungsanstalt in Hadamar eine ›Sühnekundgebung‹ ab, um gegen eine liberalisierte Abtreibungsregelung zu protestieren, die in ihren Augen in

250 Im ›Führererlass‹, der die NS-›Euthanasie‹ zum 1. September 1939 legitimierte, heißt es: »Reichsleiter Bouhler und Dr. med. Brandt sind unter Verantwortung beauftragt, die Befugnisse namentlich zu bestimmender Ärzte so zu erweitern, dass nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken bei kritischster Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnadentod gewährt werden kann. Adolf Hitler«.

›lebenswert‹ und ›lebensunwert‹ selektiere und 40 Jahre nach den Morden an behinderten Menschen das Unrecht wiederhole. Es gab einen Gegenprotest von *Pro Familia*, Krüppel*innengruppen, der *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes* und Feministinnen (vgl. Achtelek 2018).

Waren ›LebensschützerInnen‹ damals noch vor der Gedenkstätte, so sind sie heute drin. Auf dem von der Gedenkstätte am 23. Mai 2019 mitveranstalteten Fachsymposium *Von der Eugenik zur Pränataldiagnostik? – Möglichkeiten und Risiken* hat der ehemalige Bundesbehindertenbeauftragte und christliche Fundamentalist Hubert Hüppe auf dem Podium arbeitsteilig mit seinem CDU-Parteil Kollegen Klaus-Peter Willsch im Publikum systematisch die Grenzen zwischen Föten einerseits und lebenden Menschen andererseits eingerissen. Es kam zu dezidiert positiven Bezugnahmen auf den *Marsch für das Leben*, an dem Hüppe mehrfach prominent teilgenommen hat, bei gleichzeitiger aggressiver Abwertung der feministischen, queeren und anti-ableistischen Gegenproteste. Auf meine im Nachhinein gestellte schriftliche Anfrage an die *Gedenkstätte Hadamar*, ob sie weiterhin plane, christlichen FundamentalistInnen ein Podium zu bieten, habe ich von dessen Leiter eine ausweichende Antwort erhalten, in der er die »unterschiedlichen Positionen« hochhält, die »kritisch diskutiert«²⁵¹ worden seien und sich über die positiven Rückmeldungen vor Ort freut. Ein ›Nie wieder‹ konnte ich in der Antwort leider nicht erkennen. Noch einmal: In einer NS-›Euthanasie‹-Gedenkstätte bekommt jemand ein Podium, der sich mit antidemokratischen LebensschützerInnen gemein macht und die Leitung der Gedenkstätte freut sich über die gelungene Veranstaltung. Dies wirft ganz grundsätzlich die Frage auf, was das Ziel von NS-Gedenkstätten(arbeit) ist, wenn nicht an vorderster Stelle Antifaschismus.

Der hier angesprochene Konflikt ist für mich ganz persönlich ein schwer auszuhaltender. Ich bin erzürnt darüber, dass Rechte die Themen NS-›Euthanasie‹, Pränataldiagnostik und Sterbehilfe für ihre teilweise faschistische, mindestens aber nationalkonservative Politik funktionalisieren. Auch ich sehe Sterbehilfe und Pränataldiagnostik sehr kritisch, und zwar weil ich für ein gutes Leben im Hier und Jetzt für alle Menschen bin. Und dieses ist nicht mit, sondern nur gegen christliche FundamentalistInnen zu haben! Und zugleich – das ist das Paradoxe der gegenwärtigen Situation – bin ich dankbar, dass es überhaupt irgendwelche gesellschaftlichen Kräfte gibt, die gegen die Liberalisierung der Sterbehilfe und der steten Ausweitung pränataldiagnostischer Verfahren vorgehen. Sie tun in diesen Fragen (und auch nur in diesen) das Richtige aus den falschen Gründen (gilt nicht für das Thema Recht auf Abtreibung). Auf Linke, Feministinnen und Queers ist auf die genannten Themen bezogen

251 E-Mail von Jan Erik Schulte an mich vom 27.06.2019.

häufig kein Verlass; in aller Regel dominieren hier Positionen pro-Sterbehilfe²⁵² und mindestens eine Indifferenz gegenüber pränataldiagnostischen Verfahren. Das ist für mich sehr bitter.

TäterInnen(kinder/-enkel) als Zielpublikum vs. reale Heterogenität – Bildungsprozesse in Deutschland²⁵³

Soll gegen Rechts in Deutschland vorgegangen werden, wird in aller Regel die Pädagogik in die Pflicht genommen. Diese alleinige Zuständigkeit der Pädagogik im Kampf gegen Rechts ist ein Problem und kann nicht funktionieren. Dennoch ist die Pädagogik ein wichtiges Feld. Im Folgenden beleuchte ich dieses kritisch mit einem Fokus auf NS-→Euthanasie←.

Historisch-politische Bildung hat ihre Wurzeln in der alliierten Reeducation nach 1945 im Rahmen einer Entnazifizierung und Demokratisierung Deutschlands und richtet sich an TäterInnen im weitesten Sinne und deren Nachkommen. Sie findet häufig, wenn auch teilweise an außerschulischen Lernorten, im Rahmen des Schulunterrichts statt. Der TäterInnenfokus ist heutzutage impliziter und subtiler, nichtdestrotz aber vorhanden.

Schulklassen sind in verschiedener Hinsicht heterogen. In den letzten zwei Jahrzehnten ist eine Zunahme von Reflexionen und Materialien zur historisch-politischen Bildung in der Einwanderungsgesellschaft zu verzeichnen (vgl. Fava 2015; Georgi 2003; Lange 2003).

Konzeptionell werden Nachkommen von Opfern/Überlebenden des Nationalsozialismus nicht, zumindest nicht systematisch, in die historisch-politische Bildung einbezogen und es gibt keine spezifischen Angebote für sie (vgl. Coffey/Laumann 2021: 131 f.). Ich habe in meiner gesamten Bildungsbiografie nicht einmal auch nur einen Anstoß dafür erhalten, darüber nachzudenken, ob es in meiner Familie NS-Opfer gibt. Es ist für Schüler*innen in Deutschland, die (auch) auf der Verfolgtenseite sind, im Rahmen Schule überhaupt nicht möglich, sich diesem Teil ihrer Familiengeschichte anzunähern.

Es benötigt hierauf bezogen einen grundlegenden Paradigmenwechsel.

Auf pädagogischer Ebene ist die Anerkennung der realen Heterogenität in Lerngruppen nötig. Das betrifft nicht nur die NS-→Euthanasie←-Opfer,

252 Siehe zur Diskussion von Suizidalität und den Umgang damit den Beitrag von Kristina Shrank Dernbach in diesem Band.

253 Viele der Gedanken in diesem Unterkapitel habe ich mit meiner Kollegin Vivien Laumann erarbeitet (vgl. Laumann/Hechler 2018).

sondern auch alle anderen Opfergruppen, u.a. die als ›asozial‹ Verfolgten, die als homosexuell Verfolgten, Sinti*zze, Rom*nja, politisch Verfolgte usw. Schätzungen gehen davon aus, dass mindestens jede*r achte Deutsche oder Österreicher*in, die*der älter als 25 Jahre ist und deren familiäre Wurzeln im ehemaligen Reichsgebiet bis 1900 zurückreichen, direkt verwandt mit einem NS-›Euthanasie‹-Opfer ist (vgl. Aly 2013: 15).

Daran gekoppelt braucht es Empowerment auf der Seite der Opfer-Nachfahr*innen und Sensibilisierung auf der Seite der Nachfahr*innen von TäterInnen. Hierfür kann es überaus sinnvoll sein, Nachkommen von NS-Opfern als Lehrpersonal zu beschäftigen. Behindertes Lehrpersonal sollte ohnehin selbstverständlich sein (frommer Wunsch, ich weiß).

Ganz so einfach ist das mit der klaren Scheidung in ›Opfer‹ und TäterInnen-Nachfahr*innen‹ allerdings nicht. Heterogenität betrifft viele Familien auch selbst. In Familien, deren Vorfahr*innen ins Fadenkreuz der NS-›Euthanasie‹ gekommen sind, gibt es in aller Regel *auch* TäterInnen. Ich bezeichne diese als ›gespaltene Familienbiografien‹. Auch auf meine Familiengeschichte trifft das zu: Es gibt ein Opfer, TäterInnen, MitläuferInnen, BystanderInnen und eine Person, die (glaubwürdig) Widerstand geleistet hat (vgl. Kahle/Hechler 2009).

Es gibt spezifische Dynamiken der Unsichtbarmachung, so dass die Präsenz dieser Nachkommen häufig nicht sichtbar ist. Wer Enkelin eines als ›asozial‹ Verfolgten ist oder wer das Kind einer Sintizza ist, ist in aller Regel unsichtbar. Für derartige Unsichtbarkeitsdynamiken benötigt es eine besondere Sensibilität und das Wissen darum, dass es Kontinuitäten der Verfolgung gibt und dementsprechend Outings Diskriminierung nach sich ziehen können. Diese sollten daher stets freiwillig erfolgen, Fremdotsings sind tabu.

Für eine inklusive historisch-politische Bildung in der postnationalsozialistischen Gesellschaft ist darüber hinaus von zentraler Bedeutung, dass es nicht bei einer reinen Wissensvermittlung stehenbleibt. Im Kern geht es um ein persönliches Lernen und die Frage, was das mit mir im Hier und Heute zu tun hat. Es kann Raum für familienbiografisches Arbeiten geschaffen werden; bezogen auf das Thema NS-›Euthanasie‹ und Zwangssterilisation sind häufig insbesondere die Personen in der Familie von Interesse, die versteckt und tabuisiert werden, über die man also in aller Regel kaum etwas weiß.

Susanne Knittel (2009) führt vier Faktoren an, die »einen konstruktiven Umgang mit [NS-›Euthanasie‹] erschweren: Erstens die Fehlannahme, dass das Euthanasieprogramm tatsächlich auf humanitären Gesichtspunkten basierte; zweitens die Tendenz, Behinderung ausschließlich als Defizit wahrzunehmen; drittens die Weigerung, gewisse Kontinuitäten der Marginalisierung von Behinderten anzuerkennen; und schließlich das Widerstreben, sich

persönlich mit dem Thema Behinderung und Geisteskrankheit auseinanderzusetzen«. Auch Schneider führt aus, dass die Einstellung zu diesen Themenkomplexen ganz wesentlich die Erinnerung an die NS-›Euthanasie‹-Opfer beeinflusst: Die, »die sich *normal* wähnen, [haben] häufig [...] tiefsitzende [...] Ressentiments, eine [...] von diffusem Mitleid durchzogene Ablehnung, nicht selten gepaart mit Erlösungsphantasien. Diese Sichtweisen und Einstellungen bestimmen häufig auch das Verhältnis zu psychischen Erkrankungen und Behinderungen als möglicher eigener Erfahrung, das heißt sie bestimmen das Selbstverhältnis. Es handelt sich um Bedingungen, die in unterschiedlicher Weise in die Auseinandersetzung mit NS-›Euthanasie‹ hineingetragen werden« (Schneider 2021a: 6 f.). Und weiter: »Die Zumutung, sich im Anderen, dem bedürftigen Patienten, zu erkennen, wird abgewehrt und/oder macht aggressiv: Auch Behinderte sollen leben, keine Frage, aber nicht in meinem Leben« (ebd.: 14).

Vor diesem Hintergrund ist die Auseinandersetzung mit Krankheit, Behinderung und Ableismus für die Bearbeitung der NS-›Euthanasie‹ elementar. Wer heutzutage ableistische Ideologeme mitträgt, wird schnell an Grenzen stoßen, wenn es um ein Lernen über NS-›Euthanasie‹ und/oder ein Erinnern und Gedenken an deren Opfer geht. Die ableistischen Logiken von damals sind in unangenehm komplizierter Weise mit ableistischen Normen heutzutage verquickt – ob das unerbittliche Produktivitätsforderungen, eine sich stetig steigernde Leistungsbereitschaft, Flexibilitätsanforderungen, Fitnesskult oder der Hang zur Selbstoptimierung sind (vgl. ebd.: 15). Von daher bedarf es »im Fall des ›Euthanasie‹-Themas einer besonderen Reflexion. Schließlich handelt es sich in den meisten Fällen um Projektionen nichtbehinderter [Menschen] [...] über behinderte Protagonist*innen« (Maskos 2021: 106). Erst, wer sich selbst grundlegend mit eigenen ableistischen Vorstellungen, Stereotypen und Bildern konfrontiert und einem etwaigen Unbehagen gegenüber behinderter Menschen auseinandergesetzt hat, wird sich selbst in die Lage versetzen, ein Lehren und Lernen zum Thema NS-›Euthanasie‹ zu ermöglichen.

›Betroffene*in‹ vs. ›Expert*in‹ – Positionierungen

Ich hatte gerade ausgeführt, dass es »überaus sinnvoll sein [kann], Nachkommen von NS-Opfern als Lehrpersonal zu beschäftigen«. Dass hier dicke Bretter zu bohren sind, verdeutlicht eine Episode auf der Frühjahrstagung des *Arbeitskreises zur Erforschung der nationalsozialistischen ›Euthanasie‹ und Zwangssterilisation* im Mai 2019 in der Gedenkstätte Hadamar.

Regine Gabriel, die mittlerweile ehemalige pädagogische Leitung der Gedenkstätte Hadamar, stellt in einem Vortrag das pädagogische Konzept vor. Ich frage im Anschluss, ob es Überlegungen gibt, Angehörige von NS-→Euthanasie-Opfern einzubinden, beispielsweise als Guides. Gabriel führt in ihrer Antwort als allererstes aus, dass wir in Deutschland ein Überwältigungsverbot²⁵⁴ haben. »Danke für die Aufklärung«, denke ich, ich habe lediglich 15 Jahre pädagogisch gearbeitet und bin mit dem Beutelsbacher Konsens recht gut vertraut (süffisantes Lächeln). Sie fährt fort, dass ihrer Erfahrung nach bei Angehörigen oft deren eigene Betroffenheit im Vordergrund stünde und diese Probleme hätten, Distanz herzustellen. Es solle, so Gabriel, auch möglich sein, »laut lachend durch den Gang zu laufen« und man solle »keine Beklemmung in der Gaskammer« haben. Aha.

Die Reaktion von Gabriel ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert.

Behinderte Menschen und Angehörige von NS-→Euthanasie-Opfern waren von Anbeginn nicht Teil bei der Errichtung der NS-→Euthanasie-Gedenkstätten in Deutschland. Im Gegenteil: Menschen mit Lernschwierigkeiten und psychischen Problemen wurden lange Zeit sogar offensiv als Besucher*innen ferngehalten mit dem »Argument«, das Thema sei emotional und kognitiv »zu überfordernd« für sie. Die Gründer*innen rekrutierten sich hingegen ganz überwiegend aus denselben Berufsgruppen, die im Nationalsozialismus an den Morden beteiligt war – ein Vorgang, der für andere NS-Gedenkstätten völlig undenkbar ist (vgl. George 2013).

Die fortgesetzte Stigmatisierung und Ausgrenzung basiert auf dem Selbstbild von MmN (Menschen mit Nazihintergrund, vgl. Hilal/Varatharajah 2021), »neutral« zu sein. Es handelt sich hierbei um eine Selbsttäuschung und grandiose Fiktion – MmN sind alles andere als neutral. Wie sollten sie auch – sie stehen nicht außerhalb dieser Gesellschaft und ihrer Herrschaftsverhältnisse und sind in spezifischer Weise sowohl mit dem NS als auch mit Ableismus affektiv verstrickt und persönlich involviert (vgl. Chernivsky/Scheuring/ZWST 2016). Es gibt weder Neutralität noch Objektivität, für niemanden.²⁵⁵

Gefragt werden kann auch, ob es denn sinnvoll und wünschenswert ist, »neutral« zu sein und Distanz herzustellen (ungeachtet dessen, dass es nicht

254 Beim Überwältigungsverbot geht es im Kern darum, seine Zielgruppen nicht zu indoktrinieren, sondern sie in die Lage zu versetzen, sich eine eigene Meinung bilden zu können und zu mündigen Bürger*innen heranzureifen. Das Überwältigungsverbot ist eins von insgesamt drei Geboten des *Beutelsbacher Konsens*, der die Grundsätze für die politische Bildung in Deutschland festlegt.

255 Ich werde übrigens immer ganz kribbelig und skeptisch, wenn ich beispielsweise einem detailverliebten Vortrag eines*r Historiker*in lausche, die*der minutiös die Sterberaten in einer Psychiatrie in einem bestimmten Zeitfenster referiert. Ich frage mich dann immer, was die Motivation dieser Leute ist, zu diesem Thema zu forschen.

geht)? Der Gaskammer ›neutral‹ zu begegnen? Was für eine absurde Scheiße! Alleine auf so eine Idee können nur MmN kommen. Es ist gut und richtig, Diskriminierung im Allgemeinen und der NS-›Euthanasie‹ im Besonderen *auch* auf einer emotionalen Ebene zu begegnen. Würde Gabriel die pädagogischen Debatten um ganzheitliches Lernen kennen, wüsste sie das. Emotionales Lernen mit Überwältigungspädagogik und Indoktrination gleichzusetzen ist ebenso unredlich wie die implizite Unterstellung, es ginge darum, Familienangehörige nur aufgrund dieses Umstands und nicht *auch* aufgrund der für Guides notwendigen Professionalität zu beschäftigen.

Gabriels Antwort verweist noch auf einen weiteren Aspekt: Man bzw. in diesem Fall ich werde als ›Betroffene*r‹ wahrgenommen. Dies geht stets mit einer Aberkennung eines Expert*innenstatus einher. Die Rollen sind klar verteilt: Als Betroffene*r soll man, wenn man überhaupt eingeladen wird, ganz ›authentisch‹ persönliche Leidensgeschichten erzählen, und das in einer ganz bestimmten Form, nämlich individualisiert und emotionalisiert sowie als Opfer mit großem Versöhnungs- und Vergebungsgedöns, gegebenenfalls mahnenden Gesten. Aber bloß keine Analyse, wie es zur NS-›Euthanasie‹ kam, noch weniger Kontinuitäten ins Heute oder Gesellschaftskritik oder gar Rache und Forderungen. Und man soll all das kostenfrei machen. Die Expert*innen hingegen sind dann für die Analyse, Einordnung und Wissenschaft zuständig und werden bezahlt. Die Trennung ist unsinnig – man kann selbstverständlich Betroffene*r und Expert*in in einem sein.

Behinderte Menschen und Angehörige von NS-›Euthanasie(-Opfern können sowohl Zielgruppe pädagogischer Angebote sein als auch selbst Pädagog*innen bzw. Guides. Die Gedenkstätte Hadamar war die erste, die explizit Menschen mit Lernschwierigkeiten adressiert und Materialien in Leichter Sprache entwickelt hat (vgl. George/Göthling 2008). Das Konzept wurde gemeinsam mit der Selbstorganisation *Mensch zuerst – Netzwerk People First Deutschland e.V.* entwickelt. Die damals verantwortliche pädagogische Leiterin Uta George beschreibt rückblickend, dass insbesondere sie als Team der Gedenkstätte viel durch diese Kooperation gelernt haben. Sie führt zudem aus, dass die Gedenkstätte an vielen Stellen barriereärmer wurde (vgl. George 2013, 2018).

Diese Arbeit scheint in Hadamar schon seit Längerem nicht weiter ausgebaut worden zu sein, sondern wird insbesondere in den NS-›Euthanasie(-Gedenkstätten in Grafeneck und Brandenburg fortgeführt. Diese sprechen Menschen mit Lernschwierigkeiten als Besucher*innen an, es gibt Seminare und Studientage in Leichter Sprache und eine Reduzierung kognitiver, sprachlicher und sensorischer Barrieren. In Brandenburg ist auch das Online-Angebot inklusiv: Die Seite geschichte-inklusive-sbg.de informiert in Leichter Sprache

zu NS-›Euthanasie‹ und orientiert sich an den Standards für barrierearme Webseiten. In Brandenburg können sich zudem Menschen mit Lernschwierigkeiten seit 2016 als Guides ausbilden lassen und dann sowohl mit behinderten als auch nicht-behinderten Gruppen adressat*innenbezogen arbeiten (vgl. Gedenkstätte Grafeneck Dokumentationszentrum 2016; Quaeschnig/Düsterhöft 2018; Mansfeld 2020).

Es gibt mittlerweile Einiges an Berichten, wie Menschen mit Lernschwierigkeiten neue Impulse und Perspektiven in die Gedenkstättenarbeit eingebracht haben. Nicht-behinderte Teilnehmende haben beispielsweise die Busgarage in Hadamar, in der die sogenannten ›Grauen Busse‹²⁵⁶ ankamen, immer nur von außen fotografiert. Menschen mit Lernschwierigkeiten waren die ersten, die diese von innen fotografierten. Ihnen war auch eine Sequenz zu aktuellen Diskriminierungswiderfahrnissen²⁵⁷ wichtig und sie erhoben Forderungen nach Empowerment und Inklusion (vgl. George 2013, 2018). Brandenburger Guides mit Lernschwierigkeiten haben ganz generell die Kontinuitäten des Ableismus viel deutlicher hervorgehoben als nicht-behinderte Guides zuvor, sie haben ein für sie wichtiges Zitat der *Aktion T4*-Überlebenden Elvira Manthey (2005, geb. Hempel) in die Führung mit aufgenommen und haben 13 Lügen in einem beispielhaften Trostbrief²⁵⁸ gelb markiert, der mittlerweile elementarer Bestandteil jeder Führung ist und oft großen Eindruck bei Teilnehmenden hinterlässt. Mit einer weiteren, neu eingeführten Methode arbeiten sie die Semantiken des Ableismus anhand von gegensätzlichen Begriffspaaren wie ›sinnvoll‹↔›sinnlos‹, ›höherwertig‹↔›minderwertig‹, ›nützlich‹↔›unnützlich‹ etc. heraus, um zu verdeutlichen, dass hier bereits Ausgrenzung beginnt (vgl. Quaeschnig/Düsterhöft 2018; Mansfeld 2020).

Mitarbeitende der Gedenkstätte Brandenburg sagen, dass sie durch die Arbeit mit Menschen mit Lernschwierigkeiten viel gelernt haben und sensibler geworden sind (vgl. Quaeschnig/Düsterhöft 2018; Beauftragter der Bundesregierung 2019). Gedenkstättenmitarbeiterin Clara Mansfeld führt aus, dass sich Teilnehmende ohne Lernschwierigkeiten häufig stärker auf eine Arbeit mit historischen Quellen einlassen, nachdem sie eine Führung durch

256 Die gängige Terminologie der ›Grauen Busse‹ ist irreführend, da diese in aller Regel rot waren (vgl. Rexer 2020).

257 Erfahrungen haben etwas mit den Kontinuitäten des Lebens zu tun und sind mit positiven Assoziationen konnotiert. Der Begriff der ›Widerfahrnis‹ baut semantisch auf dem Begriff der ›Erfahrung‹ auf, benennt durch das ›wider‹ hingegen deutlich, dass es sich um diskontinuierliche Ereignisse handelt, die sich gegen Personen richten und für sie negativ und schädigend sind (vgl. Hechler 2017).

258 Sogenannte ›Trostbriefe‹ waren fingierte Schreiben der Verwaltung der Mordanstalten an die Hinterbliebenen, die die Morde durch falsche Angaben zu Todesursache, -ort, -datum etc. verschleierte.

Guides mit Lernschwierigkeiten hatten: »Ihr Verständnis der Dokumente ist oft vielschichtiger, ihnen gelingt eine Differenzierung zwischen der stigmatisierenden Tätersprache in den Quellen und den dahinter durchscheinenden Biografien der Opfer« (Mansfeld 2020: 248).

Mir scheinen noch drei weitere Aspekte von besonderer Relevanz zu sein. Zum einen kommt es mit dem größeren Fokus auf Ableismus heutzutage und Menschen mit Lernschwierigkeiten als Guides zunehmend vor, dass auch manche Teilnehmende der Führungen von eigenen Diskriminierungswiderfahrnissen erzählen (vgl. ebd.) – ein in meinen Augen aus pädagogischer Sicht großer Erfolg. Zum zweiten gestalten Menschen mit Lernschwierigkeiten aktiv und selbstbestimmt deutsche Erinnerungs- und Gedenkpolitik mit und erleben dabei Formen des Empowerments: »Die Guides haben neue Qualifikationen erworben, ihr Arbeitsplatz ist nicht mehr ausschließlich die Werkstatt für behinderte Menschen, und viele berichten, dass sich durch die neue Arbeit auch ihr Selbstverständnis verändert habe« (ebd.). Zum dritten hatten bereits in Hadamar behinderte Teilnehmende bei Führungen eine Gedenkzeremonie etabliert und zeigten »echte Trauer um die Opfer« (George 2018); etwas, das George bis dato nur von Angehörigen kannte. Sie zeigten eine »andere Nähe und nicht dieses trennende Gefühl«, das viele nichtbehinderte Menschen an den Tag legen. Man muss sich diese Ausführung noch mal langsam vor dem inneren Auge vorstellen: Es gibt in Deutschland Formen des NS-Gedenkens, wo es keine geheuchelte Trauer und gestellte Betroffenheit gibt, sondern wirkliche Empathie und echte Trauer um die Ermordeten. Das scheint mir eine Seltenheit und etwas ganz Besonderes zu sein. Mich berührt diese Aussage.

Wermutstropfen: Die Brandenburger Guides führen immer als gesamte Gruppe (ca. 10 Personen) und erhalten dafür den gleichen Lohn, den ein*e nichtbehinderte*r Guide erhält, also deutlich weniger, da sie als Gruppe und nicht als Individuen bezahlt werden (vgl. Beauftragter der Bundesregierung 2019). Das ist ungerecht und ableistisch.

Ich arbeite mich an Regine Gabriels Aussagen ab und komme in die unangenehme Situation, in gewisser Hinsicht zu »beweisen«, dass Menschen mit Lernschwierigkeiten einen Mehrwert schaffen. Darum geht es in meinen Ausführungen aber nicht. Es geht um die Anerkennung heterogener Lerngruppen und um unterschiedliche Positionierungen und Erfahrungen, von denen alle Menschen etwas haben, wenn sie produktiv nutzbar gemacht werden. Ich halte es für wichtig, dass Familienangehörige und behinderte Menschen im Rahmen einer NS-»Euthanasie«-Erinnerungs- und Gedenkarbeit als Expert*innen anerkannt, eingestellt und bezahlt werden. Für Angehörige von NS-»Euthanasie«-Opfern gibt es hierauf bezogen nichts, was mir bekannt ist.

Ach ja, und: Menschen mit Lernschwierigkeiten können ihre Emotionen ganz gut regulieren; vermutlich besser als viele nichtbehinderte Menschen. George berichtet, dass sie sehr genau wussten, wann ihnen etwas zu nahe ging und dies auch aktiv kommunizierten (vgl. George 2013).

Weitere Impressionen aus Hadamar

Ich fahre das erste Mal in meinem Leben 2015 nach Hadamar. Hadamar ist eine Kleinstadt mit gut 12.000 Einwohner*innen in Mittelhessen. Man könnte annehmen, dass die Bewohner*innen ihre Stadt kennen. Als ich aus dem Zug steige, frage ich mehrere Menschen, wie ich zur NS-»Euthanasie«-Gedenkstätte komme. Niemand weiß den Weg.

Dann sehe ich, keine 100 Meter vom Gleis entfernt, ein großes Schild mit Pfeil, das den Weg zur »Gedenkstätte Hadamar« weist. Es ist überklebt mit einem Aufkleber aus dem militanten Neonazispektrum. Ich bin nicht wirklich überrascht, da ich lange genug deutsche Normalität kenne. Aber ein guter Start in diesen Ort sieht anders aus.

Vielleicht Zufälle, vielleicht aber auch nicht – es deckt sich zumindest mit den Erfahrungen anderer Besucher*innen (vgl. Fittkau/Häring 2017). Mir fällt auch auf, dass das Hinweisschild nicht ausweist, um was für eine Gedenkstätte es sich handelt.

Die Gedenkstätte ist einige hundert Meter vom Bahnhof entfernt. Wie auch bei anderen NS-»Euthanasie«-Gedenkstätten der *Aktion T4* ist auf dem Gelände auch heute noch eine Psychiatrie. Man kann zur Ergotherapie oder irgendwelchen anderen Facheinrichtungen gehen oder eben rechts zur Ausstellung und zur ehemaligen Gaskammer. Ich finde die Kontinuitäten in Deutschland immer wieder frappierend. Wie fühlt man sich als Patient*in hier?

Ich muss irgendwann auf die Toilette. Der Gang zur Herrentoilette ist der gleiche wie zum Keller. Man muss die Tür zum Keller, die direkt die Treppe hinunter in die alte Gaskammer führt, schließen, um die Toilettentür öffnen zu können.

Neben der Anstalt ist ein Hang, der früher als Anstaltsfriedhof genutzt wurde. Oben angekommen findet sich auf der einen Seite eine 1964 errichtete Stele, auf der in großen Buchstaben steht: »Mensch achte den Menschen«. Dieses entkontextualisierte Gedenken könnte überall stehen, es stellt keinen Bezug zu diesem spezifischen Ort her. Es bleibt unklar, »wer wen warum umgebracht und dort verscharrt hat« (Schneider 2021a: 16). Es gibt keine Grabmarkierungen und auch keine Nennung von Namen. Mutmaßlich befinden sich in jedem Grab mindestens zehn Ermordete. Im Rahmen der

Umwandlung der rechten Seite des ehemaligen Friedhofs 1964 in eine »Gedenklandschaft« (George 2006) wurden die Gräber mit einem Treppenaufgang und Wegen überplant und auf einige wurden Bänke und Mülleimer gestellt. Eine Totenruhe gibt es für die hier Begrabenen nicht. Vier symbolische Grabsteine sollen das Christentum, den Islam, das Judentum und das Orthodoxe Christentum repräsentieren. Auf dem Grabstein für den Islam findet sich neben einer Mondsichel ein Davidstern, also ein 6-zackiger anstelle eines 5-zackigen Sterns, wie es sonst üblich in der muslimischen Welt ist. Obwohl auf dem Friedhof fast nur Christ*innen beerdigt sind, legen Besucher*innen – mutmaßlich beeinflusst durch den Film *Schindlers Liste* – regelmäßig Steine auf die Gräber, folgen also einer jüdischen Tradition. Die linke Seite des Friedhofs liegt gedenkpolitisch brach, obwohl dort ebenso viele Ermordete verscharrt wurden. Ich frage mich, wer hier warum eigentlich was macht? Es wirkt alles dilettantisch und wenig durchdacht.

Nachdem der Hadamarer Bürgermeister Michael Ruoff mit seiner Familiengeschichte an die Öffentlichkeit ging – sein Großvater Heinrich Ruoff war Oberpfleger und einer der Haupttäter –, erhielt er von August 2014 bis Oktober 2015 Morddrohungen (vgl. Fittkau/Häring 2017), postalisch wurden ihm scharfe Patronen geschickt und er selbst unter Staatsschutz gestellt.²⁵⁹ Die Hintergründe sind bis heute nicht geklärt. Man kann fragen, ob es um die Verhinderung einer befürchteten Nestbeschmutzung ging. Immerhin waren viele Familien in der Gegend in die Morde der Anstalt verstrickt und die Klinik war und ist einer der größte Arbeitgeber in Hadamar und der Umgebung.

Gegenerzählung:

Im Oktober 2018 findet in den Räumen der Gedenkstätte eine Angehörigentagung statt. Es ist ein tolles Treffen, ich war noch nie mit so vielen Angehörigen an einem Ort.

Schulklassen arbeiten mit der Biografie meiner Urgroßmutter. Eine Kinderzeichnung ihrer Biografie hängt in den Fluren der Gedenkstätte – mich freut das.

Mehrere Mitarbeitende der Gedenkstätte haben mich in den letzten Jahren immer wieder unterstützt.

259 Telefonat zwischen Michael Ruoff und mir am 22.02.2022.

Überlebende

Wenn von ›Überlebenden‹ des NS die Rede ist, sind fast immer jüdische Überlebende gemeint. Das Wissen um Überlebende der NS-›Euthanasie‹ ist im kollektiven Gedächtnis quasi inexistent, nicht zuletzt, weil das Wissen um NS-›Euthanasie‹ fehlt. Teilweise gibt es unter denjenigen, die etwas Ahnung von der NS-›Euthanasie‹ haben, auch den Mythos, dass es keine Überlebenden der NS-›Euthanasie‹ gäbe.

Aber: Es gibt Überlebende der NS-›Euthanasie‹, und es gibt sogar Überlebende der *Aktion T4*, die auch die zweite Phase überlebten. Die bereits erwähnte Elvira Manthey (2005) ist eine solche, die darüber hinaus mit ihrem Buch *Die Hempelsche – Das Schicksal eines deutschen Kindes, das 1940 vor der Gaskammer umkehren durfte* ein beeindruckendes Zeugnis davon ablegt. Überlebende der *Aktion T4* waren im Wesentlichen die ›Zurückgestellten‹ (vgl. Schneider 2021c), Überlebende der zweiten Phase all diejenigen, die in Anstalten mit auffällig hoher Sterberate 1945 noch am Leben waren. Christoph Schneider (2020) hat die meines Wissens nach erste systematische Studie zu diesem Themenkomplex vorgelegt.

Ich erörtere im Folgenden, weshalb es so wenig Wissen über Überlebende der NS-›Euthanasie‹ gibt.

Ein bedeutendes Moment der seit mehreren Jahrzehnten in der Bundesrepublik vorherrschenden Diskursformation über den NS basiert ganz maßgeblich auf Zeitzeug*innenschaft und Erfahrungsberichten. Überlebende und ihre Erzählungen sind wichtige Aspekte des Lehrens und Lernens über den Nationalsozialismus und einer antifaschistischen Erinnerungs- und Gedenkpolitik. Diese Verengung auf Überlebende und Oral History bringt bestimmte Problemlagen mit sich und hat für das Themenfeld Behinderung einige Besonderheiten.

Überlebende gelten im deutschen Diskurs über den Nationalsozialismus zumeist als Lager-Überlebende. Überlebende der NS-›Euthanasie‹ waren aber nicht in Lagern, sondern in Anstalten und Kliniken. Damit rutschen sie bis heute häufig aus dem kollektiven Bewusstsein.

Viele Überlebende der NS-›Euthanasie‹ und Betroffene von Zwangssterilisationen hatten in der Regel aufgrund von Armut, Beeinträchtigung oder anderer sozialer Benachteiligung keinen Zugang zu Kulturtechniken wie dem Schreiben oder Veröffentlichen von Memoiren oder einem anderen öffentlichen Auftreten als Überlebende. »Menschen mit Lernschwierigkeiten galten oft als ›nicht bildungsfähig‹ und bekamen in ihrem Leben nie die Möglichkeit, schreiben zu lernen.« (Maskos 2021: 106) Manche konnten auch aufgrund einer Beeinträchtigung ganz real nicht sprechen oder schreiben (vgl. Knittel 2009).

Viele Überlebende waren auch nach dem offiziellen Ende des NS mit Tatbeteiligten konfrontiert. Erste Festnahmen fanden erst im Juni 1945 statt (vgl. Schneider 2021c). Diejenigen, die nach 1945 in Heimen und Kliniken gelebt haben, hatten dort aufgrund des Isolationscharakters dieser Einrichtungen kaum Möglichkeiten, eine Öffentlichkeit zu erreichen oder gar juristische Prozesse anstrengen zu können. Vermutlich sind viele Überlebende in Heimen gestorben, von denen wir nichts wissen und auch nie erfahren werden.

Andere Überlebende sind geflohen oder haben es anderweitig nach draußen geschafft. Die allermeisten von ihnen lebten jedoch in der Anonymität und haben nie Zeugnis über ihre Geschichte abgelegt (vgl. Schneider 2021a: 9). Hätten Sie öffentlich gesprochen, wäre ihr Anstaltsaufenthalt für alle sichtbar geworden. Dies hätte nicht nur ihre Glaubwürdigkeit fundamental untergraben, sondern möglicherweise auch ihr seitdem aufgebautes Leben zerstört: »Menschen, die als psychisch krank oder geistig eingeschränkt galten, durften nicht darauf hoffen, dass ihre Erzählungen interessieren, aber nicht nur deshalb, weil das Erzählte in den Ohren der Kinder des Wirtschaftswunders unglaublich klang, sondern weil jedes ihrer Worte unter dem Vorbehalt einer Diagnose stand« (Schneider 2021b).

Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Anerkennung und der Möglichkeit, Dinge für sich ver- und erarbeiten zu können und anschließend Gehör zu finden. Ist die gesellschaftliche Anerkennung nicht vorhanden, kann man auf keine (Wissens-)Ressourcen zurückgreifen und es ist unfassbar anstrengend, gegen so große Widerstände bzw. eine konsequente Dethematisierung anzugehen. Schneider führt aus, dass in »zahllosen medizinischen Institutionen [...] die Erinnerung an die NS-Taten abgewehrt, Rolle und Funktion der Einrichtung beschönigt, das Tathandeln klein geredet« (vgl. Schneider 2021a: 8) wurde.

In Gerichtsprozessen wurden die Perspektiven der Ermordeten und ihrer Angehörigen zumeist ignoriert, es gab Solidaritätsbekundungen für die TäterInnen und das ableistische Ideologem eines »lebensunwerten Lebens« behinderter und psychiatrisierter Menschen prägte nach 1945 noch über Jahrzehnte hinweg gesellschaftliche Diskurse (vgl. Schneider 2021c; Schreiber 2010: 17). Überlebende hätten zu kompetenten Sprecher*innen über einen historischen Sachverhalt werden können. Diese Sprechposition war hingegen in der postnationalsozialistischen Gesellschaft nicht vorgesehen: »Überlebende der Anstaltsmorde, die sich kurz nach dem Krieg zu Wort meldeten oder vernommen wurden, wurden bis auf sehr wenige Ausnahmen weder in öffentlichen Hauptverfahren gehört noch danach um schriftliche oder mündliche Darstellungen gebeten« (ebd.). Während die Ahndungsbereitschaft der Nachkriegsjustiz rasch versiege, machten die Täter(Innen) von

einst steile Karrieren und wurden zu angesehenen BürgerInnen (vgl. ebd.). Zwischen 1945 und 1999 wurden in der Bundesrepublik Deutschland 438 Ermittlungsverfahren zum Tatkomplex ›Euthanasie‹ eingeleitet. Nur 6,8 Prozent davon führten zu rechtskräftigen Urteilen – darunter zahlreiche Freisprüche (vgl. Schreiber 2010: 17).

Konsequente Dethematisierung hat auch zur Folge, dass es an einer Sprache mangelt. Communities und Bewegungen bilden sich nicht zuletzt anhand bestimmter Begrifflichkeiten heraus oder sie erschaffen eine Sprache, die ihre Wirklichkeit besser abbildet als die vorherrschende. Für die NS-›Euthanasie‹-Opfer und Zwangssterilisierten mangelt es nicht zuletzt an einer gemeinsamen Sprache. Es gibt keinen Begriff wie ›Shoah‹, ›Holocaust‹, ›Dschelto Ziro‹, ›Samuradipen‹ oder ›Porajmos‹²⁶⁰, der die medizinischen Verbrechen und ihre Opfer auf einen Begriff bringt. Ich habe kein Wort hierfür.

Die permanente Aberkennung eines Subjektstatus hat verhindert, dass sich Überlebende der NS-›Euthanasie‹ zu Subjekten ihrer eigenen Geschichte machen konnten. Wenn überhaupt, sind häufig TäterInnenakten die einzigen Informationsquellen über ihre Leben (vgl. Knittel 2009).

Erst in den späten 1980er und 1990er-Jahren haben sich einzelne Überlebende öffentlich zu Wort gemeldet. Dies war erst möglich, nachdem sie es geschafft hatten, aus den Einrichtungen heraus zu kommen und sich ein eigenständiges Leben aufzubauen. Zu nennen ist hier u.a. Friedrich Zawrel. Nachdem dieser mit seiner Geschichte eine Öffentlichkeit gefunden hatte, haben sich weitere Überlebende der ›Kindereuthanasie‹ in Wien mit ihren Geschichten zu Wort gemeldet. »Möglich wurde dies, weil nun ein öffentliches Interesse spürbar war, und weil diese Menschen von den Zuschreibungen und Vorurteilen, die einem ›Anstaltskind‹ drohen, aufgrund des zeitlichen Abstands zum Geschehen nicht mehr eingeholt werden konnten.« (Schneider 2021b) Parallel dazu trat die die Krüppel*innenbewegung in den 1980er-Jahren auf den Plan und verschob die gesellschaftliche Stimmung merklich, was sich nicht zuletzt in Nebenklagen von Familienangehörigen von NS-›Euthanasie‹-Opfern zeigte (vgl. Schneider 2021c).

In ähnlicher Weise gilt für die Zwangssterilisierten, dass es hier nie eine Rehabilitation für das an ihnen verbrochene Unrecht gegeben hat. Wiedergutmachungs- und Refertilisationsanträge wurden häufig von den gleichen Fachleuten abgelehnt, die damals die Sterilisation veranlasst hatten (vgl. Surmann 2008: 205). Die Zwangssterilisierten wurden von der

260 Auf Romanes, der Sprache der Rom*nja und Sinti*zze, meint Dschelto Ziro ›die gelbe Zeit‹, was einerseits auf die gelben Sterne anspielt, andererseits auf die braunen Uniformen der Nazis. Samuradipen meint ›großes Sterben‹ und Porajmos bedeutet ›das Verschlingen‹ (Gespräche am 28.11.2021 mit Amdrita Jakupi und Manja Schuecker-Weiss).

postnationalsozialistischen deutschen Gesellschaft so sehr beschämt, dass sie in den allermeisten Fällen nicht über das gesprochen haben, was ihnen angetan wurde. Und damit blieben und bleiben sie unsichtbar.

Einige von ihnen leben noch, auch wenn ihre Zahl gering ist und es immer weniger werden. In einer E-Mail vom 27. Oktober 2020 hat mir Margret Hamm von der *Arbeitsgemeinschaft Bund der ›Euthanasie‹-Geschädigten und Zwangssterilisierten* mitgeteilt, dass am 18. Februar 2020 noch 59 sogenannte »beihilfeberechtigte« zwangssterilisierte Menschen lebten. Die tatsächliche Zahl liegt höher, da die 59 nur diejenigen abbildet, die einen Antrag auf Entschädigung gestellt haben und Erfolg damit hatten. Zugleich ist sie mittlerweile, wenn du/Sie diese Zeilen lesen, niedriger, da viele NS-Zwangssterilisierte aufgrund ihres hohen Alters gestorben sind.

Organisierung

Gegen die ableistischen Aggressionen und Praktiken der Unsichtbarmachung könnte man sich organisieren, gegenseitig empowern und kämpfen. Es hat in der Vergangenheit auch Organisationen gegeben, die genau das getan haben, aber diese gibt es nicht mehr, da sie entweder aktiv bekämpft wurden oder aber ihre Notwendigkeit nicht gesehen wurde und wird. Nachkommen haben dementsprechend keine Anlaufstelle. Sie können auf nichts aufbauen, können sich nicht vernetzen, keine Beratung einholen oder irgendwie sinnvoll politisch agieren. Es gibt im Feld der NS-›Euthanasie‹ und Zwangssterilisation ein organisationales Loch, das man sich für andere NS-Opfergruppen nur schwer vorstellen kann.

Seit Ende der 1940er-Jahre gab es Zusammenschlüsse von Opfern der Zwangssterilisationen. In Hessen war die Bundeszentrale der Organisation der Überlebenden der ›Euthanasie‹ und der Zwangssterilisation von Ende der 1940er bis Mitte der 1950er Jahre, deren Periodikum *Die Stimme der Sterilisierten* in Frankfurt am Main erschien (vgl. Daub 2000: 77). In Gießen gab es den *Verband der Sterilisierten und Gegner der Sterilisation*, in Alsdorf bei Aachen den *Interessenverband der Körper- und Gesundheitsgeschädigten*, in Oldenburg die *Interessengemeinschaft der Sterilisierten (IGS)* und in München seit 1950 den *Zentralverband der Sterilisierten und Gesundheitsgeschädigten*. Letzterer forderte die Gleichstellung der Opfer der Zwangssterilisation mit ›rassisch‹, ›politisch‹ und ›religiös‹ Verfolgten, die Bestrafung der verantwortlichen Mediziner*innen, die Wiederherstellung der Zeugungsfähigkeit auf Staatskosten, lebenslange Renten, eine bevorzugte Behandlung bei allen öffentlichen Dienststellen und ein eigenes Entschädigungsgesetz für Zwangssterilisierte.

Der *Zentralverband* hatte ein eigenes Publikationsorgan – *Der Notschrei – Kampf- und Aufklärungsorgan der durch Naziterror Verstümmelten, Gesundheitsgeschädigten* – und trat vergleichsweise radikal auf. U.a. wurde die »Wiedergutmachungs-Sabotage« der Regierung scharf kritisiert, deren Mitglieder bezichtigt wurden, die rassenhygienische Ideologie des NS in ein demokratisches Regierungssystem überführen zu wollen. Von der Politik, Behörden, der Presse und der allgemeinen Öffentlichkeit wurde der Organisation viel Ablehnung entgegengebracht. Der *Zentralverband* löste sich nach vier Jahren wieder auf (vgl. Tümmers 2011: 98 ff.).

Diese ersten Versuche einer Organisierung wurden meines Wissens nach erst wieder nach über drei Jahrzehnten aufgegriffen. 1987 gründete sich der *BEZ*, der *Bund der ›Euthanasie-Geschädigten und Zwangssterilisierten*, der zeitweise über 1.000 Mitglieder und mehrere Ortsgruppen hatte, politische Forderungen erhob und Peer Support anbot. Der Umgang der Behörden mit dem *BEZ* stand von Beginn an unter ableistischen Vorzeichen. Im Gegensatz zu allen anderen NS-Opfer-Organisationen wurde der *BEZ* nicht vom Bundesfinanzministerium gefördert, sondern in bescheidenem Umfang vom Bundesgesundheitsministerium und war auf Grundlage von Gutachten ehemaliger NS-Ärzte, die von der Regierung als ›Sachverständige‹ gefragt wurden, von den Leistungen des BEG (Bundesentschädigungsgesetz für NS-Verfolgte) ausgeschlossen. Grundlage der Finanzierung war nicht die politische Selbstorganisation Betroffener und ihr Kampf um Anerkennung und Rechte, sondern der Nachweis gesundheitsfördernder Maßnahmen, um die Behinderungen und Folgeschäden der NS-Maßnahmen auszugleichen. Die Förderung war ein Mittel der Disziplinierung, da sie den *BEZ* zwang, »seine Aktivitäten als gesundheitliche Selbsthilfe und Prävention zu definieren statt als Kampf um die Anerkennung staatlichen Unrechts« (Braun 2017: 221). In dieser Hinsicht wurde »der Vereinszweck des *BEZ* [...] von außen medikalisiert, individualisiert und entpolitisiert« (ebd.: 220). 2009 wurde seitens des Bundesgesundheitsministeriums eine Kaskade an Drohungen und exzessive Gängelung durch Bürokratisierung lanciert, die eine Auflösung des *BEZ* nötig machten (vgl. Hamm 2017: 231). Heutzutage existiert nur noch die *Arbeitsgemeinschaft BEZ* ohne Finanzierung, die jedoch nicht die Kapazitäten besitzt, eine Anlaufstelle für Angehörige zu sein (vgl. Braun 2017: 203).

Der in Bezugnahme zum *Gedenk- und Informationsort für die Opfer der nationalsozialistischen ›Euthanasie-Morde* in der Berliner Tiergartenstraße 4 Mitte 2016 gegründete *Förderkreis Gedenkort T4* möchte seinem Selbstverständnis nach auch Angehörige unterstützen. Anfangs waren im Vorstand auch mehrere Angehörige, die diese Arbeit aufnahmen. Ohne an dieser Stelle genauer auf die internen Konflikte eingehen zu wollen, ist es mittlerweile seit

mehreren Jahren so, dass keine Angehörigen mehr im Vorstand des Vereins sind und der Verein selbst keine für mich wahrnehmbaren Aktivitäten in diese Richtung entwickelt.

Summa summarum gibt es keine Organisierung und/oder Anlaufstelle für Nachkommen, zumindest keine, die mir bekannt ist.

Bis hierhin ging es um eine Organisierung von Verfolgten und deren Nachkommen. Diese sind jedoch nicht die beiden einzigen Gruppen, die sich organisieren könnten oder Subjekte möglicher Kämpfe sind.

In *Diagnosen von Gewicht* hatte ich geschrieben, dass es zwei Gruppen gibt, die sich nachvollziehbarerweise mit den als ›lebensunwert‹ Verfolgten identifizieren und ihrer gedenken könnten: Familienangehörige und behinderte Menschen. Ich möchte eine weitere, dritte Gruppen ergänzen, wie in meinen obigen Ausführungen bereits deutlich wurde: dasselbe gilt für die 1. Generation, die Überlebenden. Und ich möchte den Punkt etwas verändern: Die Identifizierung ist nicht der Kern, zentral geht es um einen Kampf gegen Ableismus.

Dieses politische Ziel skizzierend möchte ich eine vierte Gruppe anführen: Diesen Kampf können – und haben das in den letzten Jahrzehnten getan – auch Mitarbeitende in Institutionen und kritische Mediziner*innen führen. Der mittlerweile über 30 Jahre alte *Arbeitskreis zur Erforschung der NS-›Euthanasie‹ und Zwangssterilisation* kommt ganz maßgeblich auch aus medizinkritischen Kontexten.

Und als fünfte Gruppe kann es jede Person sein, der es um eine gerechte, freie und inklusive Gesellschaft geht. Die zuvor skizzierte Diskursformation – Zugang zum NS primär über Zeitzeug*innenschaft und Erfahrungsberichte – müsste es nicht in dieser Form geben. Es wäre denkbar, dass sich MmN von sich aus adäquat mit den Taten ihrer VorfahrInnen beschäftigen und entsprechende Konsequenzen ziehen. Ich kann in dieser Hinsicht nichts mit dem seit mittlerweile Jahrzehnten geführten Panikdiskurs anfangen, was jetzt sein soll, wenn die Überlebenden alle tot sind.²⁶¹ Auch mich haben Überlebendenberichte oft stark berührt und sie prägen mich, aber für mein Engagement gegen Ungerechtigkeiten, Ausbeutung und Diskriminierung sind sie nicht notwendig. Jede*r kann und sollte sich gegen Ableismus, damals wie heute, engagieren.

261 Coffey und Laumann kritisieren treffend die überaus problematische Funktionalisierung von und Verantwortungsdelegation an Überlebende, »als ob es ihre Aufgabe wäre, die Erinnerung an ihre eigene Verfolgung wachzuhalten. Zudem erscheinen sie in dieser Interpretation überhaupt nicht als Subjekte, sondern ausschließlich in ihrer Rolle als ›authentische‹ Geschichtsvermittler_innen, die von den Goyim gebraucht werden, um über die Schoa zu lernen« (Coffey/Laumann 2021: 136).

Erinnerungsverweigerung II: Ableismus

In der Berliner *Topographie des Terrors* fand am 1. September 2017, dem Jahrestag des Kriegsbeginns nach innen und außen, das Begleitprogramm zur Gedenkveranstaltung für die Opfer von ›Euthanasie‹ und Zwangssterilisation statt. Der Titel lautete *Gegen das Vergessen: Aus der Geschichte lernen*. Gelernt wurde vom Hauptvortragenden allerdings nicht viel. U.a. benutzte er durchweg den Begriff ›Rassismus‹, wenn er über Ableismus sprach. Ableismus oder Behindertenfeindlichkeit schien ihm weder als Begriff noch Konzept bekannt zu sein.

Unteilbar Dresden hat Ende August 2019 eine bundesweite Großdemonstration veranstaltet. Alle Redebeiträge gehen auf Rassismus ein; sehr viele gehen auch darauf ein, dass vor 80 Jahren der zweite Weltkrieg begann. Nur ein Redebeitrag erwähnt, dass der Kriegsbeginn nicht nur den Überfall auf Polen markiert, sondern auch den Auftakt zur NS-›Euthanasie‹ bildet, besiegelt durch einen Führererlass (siehe Fußnote 227).

Zwei Beispiele von vielen. Ich denke, dass sie paradigmatisch sind. Ableismus spielt auch in linken, kritischen Kreisen eine untergeordnete Rolle.

In der Mainstreamgesellschaft ist dies noch gesteigert. So problematisch die deutsche Fiktion des ›Aufarbeitungsweltmeisters‹ ist – für das Themenfeld der NS-›Euthanasie‹ und Zwangssterilisation gilt dieser Status nicht. Hier wird gezeugnet und verdrängt, was das Zeug hält.

Die Täterin von Potsdam, Ines R., hat am 28. April 2021 an ihrem Arbeitsplatz, dem Potsdamer Oberlinhaus, Lucille H., Martina W., Andreas K. und Christian S. ermordet. Eine weitere Person überlebte schwer verletzt. Die Woche zuvor hat Ines R. versucht, eine Bewohnerin zu vergiften. Der Massenmord vollzog sich in den für Ableismus typischen Parametern: Im Unterschied zu den Ego-Shootern in Halle und Hanau kannte die Täterin ihre Opfer, teilweise bereits seit ihrer Kindheit, und der Tatort war seit Jahrzehnten ihr Arbeitsort: eine Pflegeeinrichtung (vgl. Gerner 2021). Menschen, die ableistischen Terror ausüben, haben in aller Regel eine andere Beziehung zu ihren Opfern und den Tatorten als beispielsweise rassistisch oder antisemitisch motivierte Massenmörder. Diese Unterschiede sind Spezifika der jeweiligen Herrschaftsverhältnisse, die deswegen nicht wichtiger oder unwichtiger sind. Eigentlich müsste es *Halle – Hanau – Potsdam* heißen.

Eigentlich. Die Berichterstattung zum Fall verlief auch in den für solche Fälle üblichen Parametern: Die Täterin wurde als ›psychisch krank‹ bezeichnet, was nicht nur ihre Taten partiell erklärt und entschuldigt, sondern auch eine Hinterfragung der Strukturen, die solche Taten hervorbringen, verschleiert. Es ist notwendig, sich die Struktur der Tatorte – Krankenhäuser,

Pflegeeinrichtungen, Wohnheime, Psychiatrien etc. – anzusehen. Von derartigen Einrichtungen werden immer wieder Fälle von Übergriffen, Einschränkung von Freiheit, Vernachlässigung, Missbrauch, Diskriminierung und Beleidigung berichtet. Die bekannt gewordenen Misshandlungen im Wittekindshof in Bad Oeynhausen sind lediglich die berühmt-berüchtigte Spitze des Eisbergs (vgl. top/dpa 2021). Im Hintergrund wirkt einerseits die Orientierung auf effektive und preiswerte ›Versorgung‹ im Rahmen neoliberaler Deregulierungsprozesse, andererseits die Heimstruktur, die als Sondereinrichtung mit mangelnder sozialer Kontrolle einhergeht und dadurch Gewalt und Diskriminierung begünstigt. Diese Struktur *auch* zu analysieren heißt nicht und sollte nicht heißen, individuelle Schuld zu bagatellisieren, sondern Motivation sein, die Strukturen zu ändern.

Reduzierungen und Intersektionalität

Wird über die NS-›Euthanasie‹ gesprochen und geschrieben, wird diese häufig auf die *Aktion T4* reduziert. T4 steht sozusagen für *die* NS-›Euthanasie‹. Ich vermute, dass der zentrale Grund hierfür in der Symbolik des Gaskammermordens liegt.

Es ist gut und wichtig, dass über die NS-›Euthanasie‹ gesprochen wird. Es ist allerdings ein Problem, wenn die eben beschriebene Reduktion stattfindet. Ausgeblendet werden dabei die sog. ›Kinder-Euthanasie‹, die zweite Phase der NS-›Euthanasie‹, das Morden in den Anstalten außerhalb des Deutschen Reichs und auch die Zwangssterilisationen.

Die Gründe für die Zwangssterilisationen und Ermordung von Psychiatrie-Insass*innen waren häufig eine Überlappung von Ableismus mit anderen Herrschaftsverhältnissen.

Insbesondere die Gruppe der Zwangssterilisierten ist überaus heterogen (vgl. Bock 2010). So haben beispielsweise die Nazis fast alle sogenannten ›Rheinlandbastarde‹ – diese waren die Nachkommen von afrofranzösischen Besatzungssoldaten nach dem I. Weltkrieg und *weißen* deutschen Frauen – zwangssterilisiert (vgl. al-Samarai 2004: 51 f.). Ebenso haben die Nazis viele Sinti**z*ze und Rom**n*ja zwangssterilisiert (vgl. Riechert 1995). Und arme Menschen (vgl. Ayass 2008). Und Sexarbeiterinnen – beispielsweise waren ca. 5 % aller Anträge der Erbgesundheitsgerichte zur Zwangssterilisation beim Universitätsklinikum Frankfurt junge promiske Frauen, von denen viele vermutlich der Sexarbeit nachgingen. Sexuell normabweichendes Verhalten wurde häufig als ›moralischer Schwachsinn‹ definiert, um diejenigen Frauen zwangssterilisieren zu können, deren Verhalten unerwünscht war,

bei denen man aber keine ›verminderte Intelligenz‹ feststellen konnte (vgl. Verdenhalven 2020).

Jüdische Patient*innen waren zusätzlich zum Ableismus von spezifisch antisemitischen Maßnahmen betroffen (geringere Versorgungsleistung, Segregation in Psychiatrien, Konzentration in ›Sammelanstalten‹, Sonderaktion zur Ermordung, verunmöglichte Emigration, besondere Form der Täuschung und Ausbeutung der Angehörigen, kein Abwägen/definitive Tötung) und wurden in der *Aktion T4*, der zweiten Phase sowie der ›Kindereuthanasie‹ ermordet (vgl. Lilienthal 2009).

Es gibt meines Wissens nach bisher keine Abhandlung, die systematisch analysiert, wie anti-Schwarzer Rassismus und Ableismus, Antiziganismus und Ableismus, Sexismus und Ableismus, Homofeindlichkeit und Ableismus, Klassismus und Ableismus, Antisemitismus und Ableismus etc. zusammenhängen.

Auch in den Bewegungen, die sich Intersektionalität auf die Fahnen schreiben, wird dieser Anspruch leider allzu oft nicht eingelöst, wenn es um Ableismus geht. Beispielsweise war *Softie* von November 2018 bis Dezember 2019 ein queerfeministisches social media-Format von *funk*, ein jüngere Zielgruppen ansprechender Verbund verschiedener Formate von ARD und ZDF. Im Dezember 2018 gab es auf Facebook einen Post zu »Eugenik im NS«, der mit folgenden Sätzen anfängt: »Auch im Nationalsozialismus gab es eine Mordserie, die unter dem Credo ›unlebenswertes Leben‹ unter anderem nicht-normative Körper ins Ziel nahm. In die eugenische Ideologie fielen z.B. Personen mit bestimmter Hautpigmentierung oder behinderte Menschen«. Der Post endete mit den Hashtags »#funk #softie #yourbeautystandards #bodypositivity #bodypolitics #transisbeautiful«. Das Bild zum Post zeigte das Denkmal zur *Aktion T4* vor der Berliner Philharmonie (vgl. Softie 2018).

Ich schätze die Arbeit von *Softie*, aber dieser Post ist mir äußerst unangenehm aufgefallen und ich habe mehrfach kommentiert. Ich finde es problematisch, dass Psychiatrie-Insass*innen – die Haupt-Opfergruppe der NS-›Euthanasie‹ – noch nicht einmal erwähnt werden, als allererstes auf Hautpigmentierung abgehoben wird, sich alle Hashtags auf Bodypositivity und Trans*-Rechte beziehen und noch nicht einmal »lebensunwertes Leben« richtig geschrieben wurde.

Ich halte das für einen bestimmten Ableismus-Diskurs in queerfeministischen Kontexten für paradigmatisch. Behinderung wird auf Körperbehinderung reduziert und es findet eine Engführung auf Schönheitsnormen statt. So sehr ich Bodypositivity wichtig und notwendig finde, so schäbig ist es, für dieses Anliegen NS-›Euthanasie‹-Opfer zu instrumentalisieren. Ich denke auch, dass hier mit zweierlei Maß gemessen wird: Mangelndes Wissen,

Formen der Instrumentalisierung, falsche Begrifflichkeiten und dergleichen werden in diesen Szenen häufig hart verurteilt. Ich heiße derartige Praxen überhaupt nicht gut, finde es aber unehrlich und halte es für einen Ausdruck der Hierarchisierung von Herrschaftsverhältnissen, wenn dies bei Ableismus nicht geschieht.

Ein anderes Beispiel, wo andere Gruppen nicht mitgedacht wurden und für eine vertane Chance, ist die Forderung des von mir geschätzten *Bundesverband Trans** (2019), der 2019 einen Entschädigungsfonds für erzwungene Sterilisationen an trans* Menschen forderte. Rekuriert wird damit auf die Praxis in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1981 und 2011, im Rahmen einer Geschlechtsangleichung trans* Personen zwangsweise zu sterilisieren.

Ich fand und finde die Forderung sehr unterstützenswert. Zugleich habe ich mich gefragt, wieso nicht an einem Strang mit anderen Verfolgtengruppen gezogen wird. Intergeschlechtliche Menschen wurden und werden bis heute zwangssterilisiert (Organisation Intersex International Europe e.V. 2016), psychisch beeinträchtigte Menschen konnten bis 1992 (Änderung des Betreuungsgesetzes) in Deutschland zwangssterilisiert werden (wenn ich es richtig verstanden habe, gibt es hier nach wie vor Schlupflöcher) und nicht zuletzt gab und gibt es NS-zwangssterilisierte Menschen.

Ich denke, dass ein solches Projekt mehr Aussicht auf Erfolg für alle Zwangssterilisierten hat, wenn sich diese verbünden.

Es könnte so anders sein II

Ich habe eine kleine Wunschliste, die alles etwas einfacher machen würde:

Umfassende Berichterstattung, um in der deutschen Bevölkerung ein Wissen über die Nachkommen von NS-Opfern generell und der NS-›Euthanasie-‹ Opfer und Zwangssterilisierten im Besonderen zu verankern. Hierzu gehört auch eine zielgruppenspezifische Ansprache mit den Medien, die die jeweiligen Alterskohorten nutzen. Anerkennung, dass die Folgen bis heute wirkmächtig sind. Implementierung in Curricula in Schule und Ausbildung, in denen die Kontinuitäten des Ableismus und persönliches Lernen im Vordergrund stehen. Aufbau von wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen und Lobbyorganisationen. Aufhebung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses (und aller anderen Nazigesetze, die nach wie vor im bundesdeutschen Recht ihr Unwesen treiben). Gleichstellung mit anderen NS-Verfolgtengruppen (Einstufung als ›Verfolgte‹, nicht als ›Opfer‹). Kennzeichnung der Gräberfelder, in

denen NS-→Euthanasie-Opfer begraben sind. Moratorium und ernsthafte Debatte über Sterbehilfe, Pränatal- und Präimplantationsdiagnostik.

Für die Angehörigen, Schätzungen zufolge handelt es sich um 0,5–2 Millionen alleine in Deutschland, bräuchte es spezifische Angebote der Beratung, des Empowerments (u.a. gegen eugenische Ideologie) und psychosoziale Unterstützung, einfache Recherchemöglichkeiten, umfangreiche Förderung und Unterstützung für Organisierung und Begegnungszentren und Einbindung mit realer Macht in deutsche Erinnerungs- und Gedenkpolitik.

All das lässt sich nicht von größeren gesellschaftlichen Fragen trennen: Ableismus, Kapitalismus, Neonazismus, ...

An wen (nicht) erinnern? – Identifikationsbedürfnisse

Auch wenn hinter jedem Punkt meiner Wunschliste ein grünes Häkchen wäre, durchziehen Erinnerungs- und Gedenkpolitik im Themenfeld NS-→Euthanasie bestimmte Problemlagen.

In *Diagnosen von Gewicht* bin ich auf die Auseinandersetzung zwischen meiner Großmutter und meinem Cousin eingegangen. Mein Cousin hat argumentiert, dass sich die Leute für die Biografie unserer Urgroßmutter Emilie Rau interessieren, weil das so eine ›schöne Frau‹ war, woraufhin unsere Großmutter sauer geworden ist – ihr ging es darum, dass sie als NS-→Euthanasie-Opfer ermordet wurde und dass deswegen an sie erinnert werden soll. Zugleich ging sie davon aus, dass ihre Mutter aufgrund einer ›Wechseljahresdepression‹ krank geworden ist – es soll also einen normalen körperlichen Vorgang gegeben haben, der vergleichsweise harmlos und für alle nachvollziehbar ist. Ich erinnere mich auch an die Erzählung meines Vaters, der ausführte, dass das, was Emilie hatte, aus heutiger Sicht vergleichsweise harmlos sei und mit Psychopharmaka einfach hätte geheilt werden können.

Was sich hier im Kleinen in meiner Familie abspielt, zeigt sich auch im größeren Rahmen. Die Frage, welche Opfer gezeigt werden und in welcher Form, sagt weniger etwas über die Opfer aus oder wie-es-damals-war, sondern in erster Linie etwas über die Bedürfnisse derjenigen, die mit diesen Biografien etwas machen. So gibt es bei vielen Familien, in denen es ein NS-→Euthanasie-Opfer gibt, die verbreitete Sehnsucht, eine Narration zu kreieren, die im Kern zum Ausdruck bringt, dass das eigene Familienmitglied kein*e ›richtige*r Kranke*r‹ war.

Man kann im Feld der NS-→Euthanasie immer wieder feststellen, dass es den Versuch gibt, den Opfern ihre Krankheit oder Behinderung zu nehmen

– sie werden glatt gemacht. Diese Normalisierungsfälle findet sich auch in kulturellen Produktionen. Der erste große deutsche Spielfilm zum Thema NS-›Euthanasie‹ *Nebel im August* von 2016 erzählt die Biografie Ernst Lossas. Ich finde vieles an dem Film gut, denke aber auch, dass das Empfinden des Publikums, dass hier wirklich ein großes Unrecht begangen wurde, auch daher rührt, dass Ernst Lossa gesund ist und trotzdem umgebracht wird (vgl. Mas-kos 2021). Suggestiert wird – zumeist ungewollt – mit solchen Beispielen aber, dass die Ermordung bei denen, die ›wirklich‹ krank sind, nicht ganz so schlimm ist.

Es gibt offensichtlich ein großes Bedürfnis, das exemplarische ›Euthana-sie-Opfer mit Attributen auszustatten, die eine Identifikation leichter machen. Gesteigert wird dies noch, wenn ein politisches Interesse dazu kommt. Die sieben Frauen beispielsweise, die in dem Theaterstück *Frauen der Unter-welt* (vgl. Völcker 2021) porträtiert werden und die Opfer der NS-›Euthana-sie‹ wurden, waren ganz schön cool. Aus feministischer Perspektive fällt es leicht, sich mit den Protagonistinnen des Stücks zu identifizieren: Starke Frauen, die sich Männern nicht unterordnen, Sexarbeiterinnen, die offen zu ihrer Arbeit stehen, erfolgreiche Unternehmerinnen, lesbische Kommunistinnen usw. Auch mich spricht dieses Stück stark an, ich finde es toll.

Das Problem ist, dass die reale Geschichte in einem bestimmten ästhetischem und/oder politischem Zugriff verloren gehen kann: »Die nazistische Vernichtungspolitik zielte jedoch nicht primär auf psychiatrisierte Rebellen oder gegen Identitätszumutungen aufbegehrende Subjekte, sondern – vor allem im Rahmen der ›Aktion T4‹ – auf den Stamm der Anstaltspatient*innen des Deutschen Reichs. Ihr fielen zu einem sehr großen Teil Menschen zum Opfer, die lange in Anstaltspflege waren, dort kaum arbeiteten und eine schlechte Prognose hatten« (Schneider 2021a: 14). Es handelte sich häufig um Menschen, die im Alltag Probleme hatten, die psychische Symptome zeigten, die still geworden sind oder in den Augen Anderer anfangen, Unsinn zu reden. Die selbst ein Leiden hatten, davon angestrengt waren, und ebenso für ihre Umfeldler anstrengend, nervig und nicht sonderlich attraktiv waren. Es sind häufig ganz triviale Geschichten: krank werden, scheitern, Isolation von der Familie, dann kommen die Nazis und bringen eine*n um. Es sind Menschen, die irgendeine beschissene Krankheit bekommen haben und Pech im Leben hatten. Das ist nicht der Stoff, aus dem Held*innengeschichten gestrickt werden. Viele der realen Biografien von NS-›Euthanasie-‹Opfern eignen sich hierfür einfach nicht. Die meisten waren keine Rebell*innen, toughe Frauen oder Widerstandskämpfer*innen.

Wie nähert man sich also der NS-›Euthanasie‹? Ist man auf der Suche nach Vorbildern und Identifikationsmöglichkeiten? Geht es um eine

historisch genaue Rekonstruktion? Um ein würdiges Gedenken? Für wen? Sind die gezeigten Opfer repräsentativ? Müssen sie das sein? Inwieweit sollen sie auch linken, feministischen, queeren etc. Bedürfnissen im Heute dienen?

Ich würde sagen: Alle Ermordeten haben es verdient, in gleichem Maße erinnert zu werden. Ob sie nun Schönheitsstandards entsprochen haben oder nicht, rebellisch waren oder nicht, ›sehr krank‹ waren – was auch immer das jeweils geheißen haben mag – oder nicht, unangepasste Sexarbeiterin oder einfache Hausfrau waren, Dinge taten, die moralisch nicht vertretbar sind – all das sollte keine Rolle spielen. Sie alle wurden aufgrund von Ableismus ermordet und verdienen *deswegen* unser Gedenken.

Häufig spielt es jedoch eine Rolle. Mit behinderten Menschen wird sich selten(er) identifiziert, zumindest für ein nichtbehindertes Publikum ist diese Aussage richtig. Aber warum sich mit NS-›Euthanasie‹ beschäftigen, wenn der zentrale Aspekt Behinderung unsichtbar gemacht wird?

Und ist es nicht auch legitim, sich Identifikationspunkte zu suchen, sich Geschichte mit spezifischen Interessen (linken, queeren, feministischen, ...) zu nähern? Auch hier würde ich sagen: Ja, das ist es.

Wie also mit diesen Fragen und Dilemmata umgehen? Ich denke, es ist für künstlerische Produktionen wichtig, Kontrapunkte zu setzen und *auch* Geschichten zu erzählen, die nicht aufgehen und die unangenehm sind. Wo das Publikum tendenziell keinen Wunsch entwickelt, diese Person kennen lernen zu wollen und Identifizierungsprozesse brüchig sind. Wo es in den Widerspruch getrieben wird und dieser Widerspruch mit verhandelt wird.²⁶² Es geht hierbei auch nicht unbedingt um historische Wahrheit und es gibt künstlerische Freiheit, auch wenn natürlich keine falschen Tatsachen verbreitet werden sollten und man sich eingehend kundig machen und reflektieren sollte, auf wen und was man sich bezieht.

Es gibt ein weiteres Spannungsfeld bei der Bearbeitung des Themas, das mit dem zuvor Ausgeführten zusammenhängt. Die Nazis haben Menschen als ›krank‹ und ›behindert‹ diagnostiziert, und es ist richtig, diese Pathologisierung zurückzuweisen. Zugleich ist es ein Problem, wie zuvor ausgeführt, wenn Krankheit und Behinderung unsichtbar gemacht werden. Beides, Psychiatisierung wie Entpsychiatisierung, führt zu Vereinseitigungen und Schiefen. Das Dilemma lässt sich m.E. nicht auflösen; es kann von daher sinnvoll sein, sich dessen bewusst zu sein und es gegebenenfalls als Dilemma zu thematisieren.²⁶³

262 Ohne dies hier genauer ausführen zu können, setzt bei *Frauen der Unterwelt* insbesondere die Biografie von Christa, dem Mädchen, am ehesten einen Kontrapunkt zu den anderen. Bei *Nebel im August* findet sich diese Brüchigkeit nicht.

263 Boger spricht auch vom ›Trilemma der Depathologisierung‹ (vgl. Boger 2015).

»Nur Heimweh habe ich, Krankenhaus schmeckt nicht gut« – Emilie will raus

Das letzte Wort soll meine Urgroßmutter Emilie Rau haben.

Ich habe leider nicht alle Briefe und Postkarten von ihr, nur die, die sie im Zeitraum 1936–38 schrieb. Ich habe diese 2021 mit meiner Tante, die Sütterlin lesen kann, verschriftlicht. In der Gesamtschau hat mich besonders bewegt, dass sie in *jedem* Brief und *jeder* Postkarte an ihren Mann schreibt, dass es ihr besser geht, sie sich um ihre Kinder sorgt und v.a., dass sie nach Hause will.

Brief von Emilie Rau, St. Valentinushaus, 1. Oktober 1936:

»Ich bin froh daß ich Ausgang habe, und mal raus kann.«

Brief von Emilie Rau, St. Valentinushaus, 6. Oktober 1936:

»[...] daß Papa wieder mit seinem alten Halsleiden belastet ist. Ich fühle mich wieder ganz wohl, und frage ich an ob ich ihn nicht pflegen darf. Ich fragte heute ob ich nach hause dürfte, und verneinte es Herr Doktor Bartscher.«

Brief von Emilie Rau, St. Valentinushaus, 18. März 1937:

»Ich kann jetzt jeden Tag spazieren gehen und hoffe ich bald nach Hause zu kommen. Arbeiten lehne ich hier ab, Es werden wieder bessere Zeiten für uns kommen, als wie sie waren. [...] In Oberhessen ist doch Konfirmation ich wäre gerne mal in das Elternhaus gefahren. [...] . Es ist mir seid paar Tagen viel leichter um mein Herz. Hoffe euch alle wohl und verbleibe unter herzlichen Grüßen u. Küssen«

Brief von Emilie Rau, 22. Juni 1937:

»Du hast mir doch versprochen, mein lieber und treuer Mann, mich mit dem Auto abzuholen, es dauert aber lang. [...] ich wohl auch bald wieder gesund bei Euch weilen.«

Brief von Emilie Rau, St. Valentinushaus, 9. Oktober 1937:

»Hole mich doch nach Hause oder bringe mich in mein Elternhaus. [...] Hoffentlich kommst du bald und holst mich ab, ich glaube nicht, daß Herr Doktor Bartscher und seine Schwestern mich heilen können.«

Brief von Emilie Rau, 8. Dezember 1937:

»Ich bin seid 2 Tagen wieder auf, und habe ich den Wunsch die Feiertage bei euch oder im Elternhaus zu verleben.«

Brief von Emilie Rau, St. Valentinushaus, 15. Februar 1938:

»Ich [...] fühle mich eigentlich so erholt daß ich die Reise nach Hause antreten könnte.«

Brief von Emilie Rau, 18. Oktober 1938:

»Hole mich doch oder schreibe an meine Eltern, daß sie weiter für mich sorgen, dann die Schwestern hier sagen, ich würde das [?] besser zu Hause fertig bringen. [...] Nur Heimweh habe ich, Krankenhaus schmeckt nicht gut. [...] Es geht auf Weihnachten zu, und würde ich mich freuen, wenn ich bald in meinem Heim sein könnte. [...] Die große Bitte heimzufahren hatte ich ja schon lange. [...] du weißt ja daß ich Herrn D. Karl Bartscher ablehne, und könnt ihr gar nichts besseres tun, als mich abholen.«

Postkarte von Emilie Rau, St. Valentinushaus, 24. Juni o.J.:

»Hole mich doch bald ab.«

Postkarte von Emilie Rau, St. Valentinushaus, 4. August o.J.:

»Ich möchte nach Hause [...] Ich sitze in meiner Wohnung viel besser«

Brief von Emilie Rau, St. Valentinushaus, ohne Datum:

»Es geht mir jeden Tag besser, und hoffe ich daß mich die Herrn Ärzte bald nach Hause fahren lassen.«

Brief von Emilie Rau, ohne Datum:

»Der Kuchen war sehr gut der hat nach Heimat geschmeckt. Ich packe die Kost hier nicht zu essen, ich will nicht gerade sagen daß sie unsauber ist, sie schmeckt mir nicht und ich hatte neulich eine Magenverstimmung. [...] soviel ich weiß war ich ganz gesund daheim [...] Mir fehlt gar nichts als wie die Freiheit [...] Mir fehlt nur mein Bett, bei fremden Leuten schläft sichs nicht gut«

Am 26. Januar 1941 schreibt sie an ihren Mann:

»[...] mir geht es Gesundheitlich noch gut das selbe hoffe ich auch von Dir und ... Erich und Karlheinz. [...] Es grüßt dich und küs[s]t dich deine Frau Emilie Rau. Bitte Schreibe mir bald ...« (Landeswohlfahrtsverband Hessen 2009: 104).

Emilie wurde am 21. Februar 1941 in der Gaskammer in Hadamar ermordet.

Literaturverzeichnis

Achtelik, Kirsten 2018: Es war einmal in Hadamar. In: Neues Deutschland vom 15.09.2018, <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1100472.es-war-einmal-in-hadamar.html> (Zugriff am 12.01.2022).

al-Samarai, Nicola Lauré 2004: Schwarze Menschen im Nationalsozialismus. In: AntiDiskriminierungsBüro Köln/Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V./cyber-Nomads (Hg.): TheBlackBook – Deutschlands Häutungen. Frankfurt a.M./London. S. 50–53.

Aly, Götz 2013: Die Belasteten. ›Euthanasie‹ 1939–1945. Eine Gesellschaftsgeschichte. Frankfurt am Main: Fischer Verlag. Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

Angrick, Andrej 2018: »Aktion 1005«. Spurenbeseitigung von NS-Massenverbrechen 1942–1945. Göttingen.

Ayass, Wolfgang 2008: »Asozialer Nachwuchs ist für die Volksgemeinschaft vollkommen unerwünscht«. Die Zwangssterilisationen von sozialen Außenseitern. In: Hamm, Margret (Hg.): Lebensunwert – zerstörte Leben. Zwangssterilisation und ›Euthanasie‹, 3. Auflage (1. Auflage 2005). Frankfurt/Main. S. 111–119.

Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen 2019: Geschichte gehört auch uns. Veranstaltung vom 28.01.2019 in Berlin, <https://www.stiftung-bg.de/veranstaltungen/2019-01-28-geschichte-gehört-auch-uns/> (Zugriff am 10.01.2022).

Bock, Gisela 2010: Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Geschlechterpolitik (Nachdruck der 1. Auflage 1986). Münster.

Boger, Mai-Anh 2015 Das Trilemma der Depathologisierung. In: Schmechel, Cora/Dion, Fabian/Dudek, Kevin/Roßmöller, Mäks* (Hg.): Gegendiagnose – Beiträge zur radikalen Kritik an Psychiatrie und Psychologie Münster. S. 268–288.

Braun, Kathrin 2017: »Ob es tatsächlich dazu kommt, ist nach wie vor offen und bleibt abzuwarten.« Der Kampf des BEZ um die Anerkennung der ›Euthanasie‹-Geschädigten und Zwangssterilisierten als Verfolgte des Nationalsozialismus und die Antworten der Politik. In: Hamm, Margret (Hg.): Ausgegrenzt! Warum? Zwangssterilisierte und Geschädigte der NS-›Euthanasie‹ in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin. S. 199–221.

Bundesverband Trans* 2019: Unrecht anerkennen! BVT* fordert Entschädigungsfonds für erzwungene Sterilisationen an trans* Menschen! Pressemitteilung vom 28.08.2019, <https://www.bundesverband-trans.de/unrecht-anerkennen-bvt-fordert-entschaedigungsfonds-fuer-erzwungene-sterilisationen-an-trans-menschen/> (Zugriff am 04.01.2022).

Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e.V. 2020: ›Euthanasie‹-Gedenktag – Menschen mit psychischer Erkrankung dürfen nicht ausgegrenzt werden! Pressemitteilung, https://www.cbp.caritas.de/cms/contents/cbp.caritas.de/medien/dokumente/pressemitteilungen/euthanasie-gedenktag/20-09-04_pm_gedenkveranstaltung_ns-euthanasie.pdf?d=a&f=pdf (Zugriff am 05.01.2022).

Chernivsky, Marina/Scheuring, Jana/Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V. 2016: Gefühlserbschaften im Umbruch – Perspektiven, Kontroversen, Gegenwartsfragen. Frankfurt am Main.

Coffey, Judith/Laumann, Vivien 2021: Gojnormativität. Warum wir anders über Antisemitismus sprechen müssen. Berlin.

Daub, Ute 2000: Forschungslücken im Bereich ›Euthanasie‹. In: Hessischer Landtag, 07.02.2000. Bericht des Präsidenten des Landtags über das Symposium zur Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Verfolgung und Vernichtung durch das NS-Regime in Hessen am 25.10.1995. Drucksache 13/7176 zu Drucksache 13/1595, S. 15–25 und 77–80, <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/15/1/01001.pdf> (Zugriff am 10.02.2022).

Fava, Rosa 2015: Die Neuausrichtung der Erziehung nach Auschwitz in der Einwanderungsgesellschaft. Eine rassismuskritische Diskursanalyse. Berlin.

Fittkau, Ludger/Häring, Ellen 2017: NS-Mordanstalt Hadamar – War da was? In: Deutschlandfunk Kultur vom 10.12.2017, <https://www.deutschlandfunkkultur.de/ns-mordanstalt-hadamar-war-da-was-100.html> (Zugriff am 14.01.2022).

Gedenkort Kalmenhof e.V. 2022: Situation am Idsteiner Kalmenhof-Krankenhaus und der Leichenhalle. Pressemitteilung vom 23.08.2022.

Gedenkstätte Grafeneck Dokumentationszentrum 2016: Bildungsangebote in leichter Sprache, <http://www.gedenkstaette-grafeneck.de/startseite/gedenkstaette/barrierefreie+gedenkstaette.html> (Zugriff am 26.01.2022).

George, Uta 2006: Erinnerung und Gedenken in Hadamar. In: Dies. u.a. (Hg.): Hadamar. Heilstätte – Tötungsanstalt – Therapiezentrum. Marburg. S. 429–442.

George, Uta/Göthling, Stefan (Hg.) 2008: »Was geschah in Hadamar in der Nazizeit?« Ein Katalog in Leichter Sprache, 2. überarbeitete Auflage. Kassel.

George, Uta 2013: Von der ›Euthanasie‹ zur Inklusion – Gedenkstättenarbeit in Leichter Sprache. Vortrag bei der Stiftung EVZ am 29.05.2013. Berlin.

George, Uta 2018: Vielfältige Erinnerungen. Vortrag am 13.03.2018 im Rahmen der Veranstaltungsreihe ›Graue Busse‹ in Frankfurt am Main.

Georgi, Viola 2003: Entliehene Erinnerung. Geschichtsbilder junger Migranten in Deutschland. Hamburg.

Gerner, Linda 2021: Angehörige bekommen keine Antwort. In: die tageszeitung vom 22.12.2021, <https://taz.de/Prozessende-nach-Morden-im-Oberlinhaus/15821147&s/> (Zugriff am 26.01.2022).

Grammatikopulu, Despina 2021: Ohne Gnade – Euthanasie im Nationalsozialismus. 3sat am 27.01.2021, <https://www.br.de/mediathek/video/ohne-gnade-doku-euthanasie-im-nationalsozialismus-av:60070e71c9d00200131eb01d> (Zugriff am 27.01.2021).

Hamm, Margret 2017: »Wenn wir jetzt still sind, können wir einpacken.« Über die Arbeit des BEZ und die Opfer von Zwangssterilisation und ›Euthanasie‹ III. In: Dies. (Hg.): Ausgegrenzt! Warum? Zwangssterilisierte und Geschädigte der NS-›Euthanasie‹ in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin. S. 223–232.

Hechler, Andreas 2015: Diagnosen von Gewicht. Innerfamiliäre Folgen der Ermordung meiner als ›lebensunwert‹ diagnostizierten Urgroßmutter. In: Schmechel, Cora u.a. (Hg.): Gegendiagnose. Beiträge zur radikalen Kritik an Psychologie und Psychiatrie. Münster. S. 143–193.

Hechler, Andreas/Stuve, Olaf (Hg.) 2015: Geschlechterreflektierte Pädagogik gegen Rechts. Opladen/Berlin/Toronto.

Hechler, Andreas 2017: Aus der Bahn geworfen. In: blog feministische studien vom 16.08.2017, <https://blog.feministische-studien.de/2017/08/aus-der-bahn-geworfen/> (Zugriff am 04.10.2020).

Hilal, Moshtari/Varatharajah, Sinthujan 2021, <https://www.instagram.com/tv/CLU2dZiqvMG/?igshid=13lw2jn283o89> (Zugriff am 01.03.2021, nicht mehr online).

Kahle, Lena/Hechler, Andreas 2009: Intergenerational Dialogue on the Shoah in German Families – A Personal Story as a Political Claim. Beit Lochamei Hagetaot/ Ghetto Fighter's Museum (Israel) am 20.04.2009, [https://andreashechler.com/files/Kahle_Hechler-Intergenerational_dialogue_on_the_Shoah_in_German_families_\[2009\].pdf](https://andreashechler.com/files/Kahle_Hechler-Intergenerational_dialogue_on_the_Shoah_in_German_families_[2009].pdf) (Zugriff am 16.01.2022).

Knittel, Susanne C. 2009: Das Schweigen brechen: Zu einer literarischen Geschichte der NS-Euthanasie. Beitrag zum 51. Bundesweiten Gedenkstättenseminar, Juni 2009, Bad Urach, https://www.gedenkstaettenforum.de/nc/publikationen/publikation/news/das_schweigen_brechen_zu_einer_literarischen_geschichte_der_ns_euthanasie/ (Zugriff am 08.02.2021).

Landeswohlfahrtsverband Hessen (Hg.) 2009: »Verlegt nach Hadamar« – Die Geschichte einer NS-›Euthanasie‹-Anstalt. Begleitband zur Ausstellung, 4. Auflage. Kassel.

Lange, Dirk 2003: Migrationsgeschichte lernen. Zur Einführung in ein Problemfeld der historisch-politischen Didaktik. In: Praxis Geschichte 16. Jg., H. 4, S. 4–10.

Laumann, Vivien/Hechler, Andreas 2018: Wer, mit wem und warum? Überlegungen zu einer folgegenerationeninklusiven historisch-politischen Bildungsarbeit zum Nationalsozialismus. Vortrag bei den Arbeitsgruppen Folgegenerationen des Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte in Köln im Juni 2018.

Lilienthal, Georg 2008: Wie die T4-Aktion organisiert wurde. Zur Bürokratie eines Massenmordes. In: Hamm, Margret (Hg.): Lebensunwert – zerstörte Leben. Zwangssterilisation und ›Euthanasie‹, 3. Auflage (1. Auflage 2005). Frankfurt/Main. S. 143–157.

Lilienthal, Georg 2009: Jüdische Patienten als Opfer der NS-›Euthanasie‹-Verbrechen. In: Medaon 3. Jg., H. 5, https://medaon.de/pdf/A_Lilienthal-5-2009.pdf (Zugriff am 08.02.2022).

Maskos, Rebecca 2010: Was heißt Ableism? Überlegungen zu Behinderung und bürgerlicher Gesellschaft. In: *arranca!*, H. 43, S. 30–33.

Mansfeld, Clara 2020: Menschen mit Lernschwierigkeiten als Vermittelnde von Geschichte. Historisch-politische Bildungsarbeit und inklusive Begegnungen in der ›Euthanasie‹-Gedenkstätte Brandenburg. In: Meyer, Dorothee/Hilpert, Wolfram/Lindmeier, Bettina (Hg.): Grundlagen und Praxis inklusiver politischer Bildung. Bonn. S. 239–252.

Manthey (geb. Hempel), Elvira 2005: Die Hempelsche. Das Schicksal eines deutschen Kindes, das 1940 vor der Gaskammer umkehren durfte (1. Auflage 1994). Lübeck.

Maskos, Rebecca 2021: Das Unbehagen an Behinderung. ›Frauen der Unterwelt‹ und Kontinuitäten des Ableismus. In: Völcker, Tine Rahel (Hg.): Frauen der Unterwelt. Queerfeministische Antworten auf Psychiatriegewalt, Sexismus und Ableismus. Münster. S. 105–112.

Neuhold, Thomas/Scheller, Kerstin 2014: Serie rechtsextremer Vandalenakte reißt nicht ab. In: Der Standard vom 14.05.2014, <https://www.derstandard.at/story/1399507473210/mahnmal-fuer-euthanasie-opfer-wurde-zerstuert> (Zugriff am 04.01.2022).

Organisation Intersex International Europe e.V. (Hg.) 2016: Menschenrechte und intergeschlechtliche Menschen – Themenpapier. Berlin.

Quaeschnig, Lisa/Düsterhöft, Alf 2018: Vielfältige Erinnerungen. Vortrag am 13.03.2018 im Rahmen der Veranstaltungsreihe ›Graue Busse‹ in Frankfurt am Main.

Rexer, Martin 2020: ›Die berüchtigten grauen Busse ...‹ – ein Mythos? Ein Beispiel für Rezeption und Fiktionalisierung der NS-Krankenmorde. In: Schwäbische Heimat 71. Jg., H. 1, S. 22–32.

Riechert, Hansjörg 1995: Im Schatten von Auschwitz. Die nationalsozialistische Sterilisationspolitik gegenüber Sinti und Roma. Münster/New York.

Sanders, Eike/Achtelik, Kirsten/Jentsch, Ulli 2018: Kulturkampf und Gewissen. Medizinethische Strategien der ›Lebensschutz‹-Bewegung. Berlin.

Schneider, Christoph (Hg.) 2020: Hadamar von innen. Überlebendenzugnisse und Angehörigenberichte. Berlin.

Schneider, Christoph 2021a: Die Drohung des Gegenbilds. Über den Widerspruch in der Didaktik der NS-›Euthanasie‹. In: Pädagogische Korrespondenz, H. 63, S. 5–23.

Schneider, Christoph 2021b: Die Überlebenden der NS-›Euthanasie‹ ohne gesellschaftlichen Ort. Arbeitspapier (unveröffentlicht).

Schneider, Christoph 2021c: Die In/Existenz von Überlebendenzugnissen der NS-›Euthanasie‹ – Medium einer Auseinandersetzung. Vortrag auf der Tagung des Arbeitskreises zur Erforschung der NS-›Euthanasie‹ und Zwangssterilisation in Brandenburg am 14.11.2021.

Schneider, Christoph (2021d): Die verschwundenen Gräber der Heilerziehungsanstalt. In: Forum Erziehungshilfen 27. Jg., H. 2, S. 114–117.

Schreiber, Jürgen 2010: Schuld ohne Sühne. Die juristische Aufarbeitung der nationalsozialistischen »Euthanasie« in der Bundesrepublik Deutschland. In: zeichen, H. 1, S. 16–17.

Schulreich, Ekkehard 2019: Unbekannte übergießen Stolperstein in Geithain mit Beton. In: Leipziger Volkszeitung vom 03.06.2019, <https://www.lvz.de/Region/Geithain/Unbekannte-uebergiessen-Stolperstein-in-Geithain-mit-Beton> (Zugriff am 04.01.2022).

Softie 2018: Post vom 28.12.2018, <https://www.facebook.com/softie.official/posts/225535321554736> (Zugriff am 15.01.2019).

Stiftung Denkmal 2020: Einladung – Gedenken an die Opfer der ›Euthanasie‹-Morde in der Zeit des National-Sozialismus. 4. September 2020, https://www.stiftung-denkmal.de/wp-content/uploads/Gedenkort-T4_A4-quer_8Seiten_2020_WEB.pdf (Zugriff am 03.01.2022).

Surmann, Rolf 2008: Was ist typisches NS-Unrecht? Die verweigerte Entschädigung für Zwangssterilisierte und ›Euthanasie‹-Geschädigte. In: Hamm, Margret (Hg.): Lebensunwert – zerstörte Leben. Zwangssterilisation und ›Euthanasie‹, 3. Auflage (1. Auflage 2005). Frankfurt/Main. S. 198–211.

top/dpa 2021: 145 Beschuldigte im Verdacht der Freiheitsberaubung von Behinderten. In: Rheinische Post vom 11.01.2021, <https://rp-online.de/nrw/>

panorama/bad-oeynhaus-145-beschuldigte-im-fall-wittekindshof_aid-55622971 (Zugriff am 11.02.2022).

Tümmers, Henning 2011: Anerkennungskämpfe. Die Nachgeschichte der nationalsozialistischen Zwangssterilisation in der Bundesrepublik. Göttingen.

Türk, Wolfgang 2017: Wie zwei Brüder Zielscheibe rechter Hassbotschaften wurden. Hessenschau vom 02.11.2017, <https://www.hessenschau.de/gesellschaft/wie-zwei-brueder-zielscheibe-rechter-hassbotschaften-wurden,bruederbender-102.html> (Zugriff am 05.11.2017).

Türk, Wolfgang 2021: Romantik-Hochzeiten am Ort des NS-Verbrechens? In: hessenschau vom 17.02.2021, <https://www.hessenschau.de/gesellschaft/romantik-hochzeiten-am-ort-des-ns-verbrechens-streit-um-gelaende-in-weilmuenster,zukunft-psychiatrie-vitos-weilmuenster-100.html#> (Zugriff am 18.01.2022).

Verdenhalven, Moritz 2020: Die Universitätsnervenklinik Frankfurt am Main im Nationalsozialismus. Zwischen Krankenversorgung, Eugenik und NS- \rightarrow Euthanasie. Vortrag am 18.11.2020 im Fritz Bauer Institut, <https://www.fritz-bauer-institut.de/m-verdenhalven-18-11-2020> (Zugriff am 09.02.2022).

Vitos Weil-Lahn gGmbH 2020: Vitos Weil-Lahn und Marktflecken Weilmünster: Steuerungsgruppe zur möglichen Nachnutzung des Vitos Geländes setzt ihre Beratungen fort. Pressemitteilung vom 14.12.2020, <https://www.vitos.de/ueber-uns/presse/news/detailseite-news/vitos-weil-lahn-und-marktflecken-weilmuenster-steuerungsgruppe-zur-moeglichen-nachnutzung-des-vitos-gelaendes-setzt-ihre-beratungen-fort> (Zugriff am 18.01.2022).

Völcker, Tine Rahel (Hg.) 2021: Frauen der Unterwelt. Queerfeministische Antworten auf Psychiatriegewalt, Sexismus und Ableismus. Münster.

von Buttlar, Horst 2003: Nazi- \rightarrow Euthanasie. Forscher öffnen Inventar des Schreckens. In: Der Spiegel Online vom 01.10.2003, <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/nazi-euthanasie-forscher-oeffnen-inventar-des-schreckens-a-267983.html> (Zugriff am 09.12.2013).

Wassmer, Jörg 2017: Alois Zähringer, <https://www.gedenkort-t4.eu/de/biografien/29-09-1921-06-09-1940-alois-zaehringer-bleichheim#biografie> (Zugriff am 04.01.2022).

get well soon (Hg.)

Gegendiagnose III

Kollektive Krisensitzung
und psy-kritische Perspektiven

Gegendiagnose III

Kollektive Krisensitzung und psy-kritische Perspektiven
get well soon (Hg.)

1. Auflage 2024

www.edition-assemblage.de

info@edition-assemblage.de

Copyright © 2023 edition assemblage

ISBN 978-3-966042-176-4

Lektorat: Die Herausgebenden

Satz: Hannah C. Rosenblatt

Umschlag: Carina Bükler edition assemblage

Druck: Interpress | printed in Hungary 2023

Eigentumsvorbehalt: Dieses Buch bleibt Eigentum des Verlages,
bis es der gefangenen Person direkt ausgehändigt wurde. Zur-Habe-Nahme ist keine
Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Bei Nichtaushändigung ist es unter Mitteilung des
Grundes zurückzusenden.

